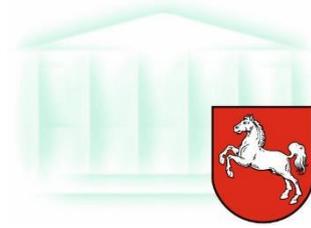


Katharina Jensen MdL
Niedersächsischer Landtag

Wahlkreisbüro:

Am Kirchplatz 4
26441 Jever

Tel.: +49 (0)4461-7586146
moin@katharina-jensen.info



Jever, den 18. Dezember 2023

Katharina Jensen MdL: Newsletter zum Jahresabschluss 2023

Liebe Leserinnen und Leser,

das Jahr neigt sich in schnellen Schritten dem Ende zu. Die letzte Plenarwoche für dieses Jahr ist soeben beendet. Zeit zurückzublicken auf die vielen Ereignisse, die dieses Jahr geprägt haben. Es war ein schwieriges Jahr mit vielen Krisen – alten und neuen. Die Herausforderungen unserer Zeit sind hoch, wir als Gesellschaft sind sehr gefordert. Wir müssen teils im Stundentakt Antworten finden auf hoch komplexe Probleme. Das ist nicht leicht und fordert manchmal unsere ganze Kompromissbereitschaft ein. Dennoch ist die Demokratie ein hohes Gut, dass wir uns gemeinsam erstritten haben und das es zu schützen gilt.

Ich werde nicht nachlassen, mich für die Belange der regionalen Wirtschaft und speziell des Mittelstands einzusetzen, für Bürokratieabbau zu kämpfen, unseren Landwirtinnen und Landwirten unter die Arme zu greifen und so viel Politik mit Maß und Mitte mitzugestalten, wie es mir als Oppositionspolitikerin derzeit möglich ist. Ich möchte mich bei Ihnen allen bedanken für die Unterstützung und die Einblicke, die Sie mir gewährt haben. In diesem Newsletter finden Sie nun alle Pressemitteilungen 2023 gebündelt, viel Freude beim Lesen.

Ich wünsche Ihnen allen eine besinnliche Weihnachtszeit und einen guten Rutsch ins neue Jahr. 2024 werde ich viele von Ihnen wiedersehen. Darauf freue ich mich!

Ihre

Katharina Jensen MdL

„Änderung der Bauordnung – bestehende Kapazitäten besser nutzen anstatt neue Verwaltungskonzerne zu schaffen“

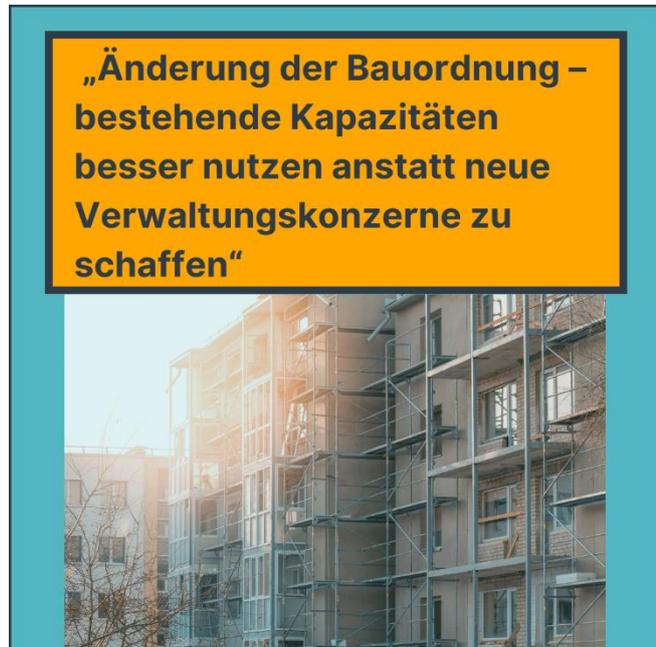
Die CDU-Landtagsfraktion ist der Ansicht, dass die in dieser Woche vorgeschlagenen Änderungen von Minister Olaf Lies nicht ausreichend sind, um den Bedarf von knapp 237.000 zusätzlichen Wohnungen bis 2040 in Niedersachsen zu decken.

Als Reaktion darauf wird die CDU-Fraktion in der kommenden Woche einen eigenen Entschließungsantrag in den Landtag einbringen. Die jetzt angekündigten Änderungen des Wirtschaftsministers werden in den nächsten 2 Jahren nicht dazu beitragen die Situation am Mietwohnungsmarkt in Niedersachsen zu verbessern.

„Wir lehnen die Gründung einer Landeswohnungsgesellschaft ab, da die finanziellen Aufwendungen, die allein für 2024 100 Mio Euro betragen sollen, zunächst in rein administrative Tätigkeiten fließen werden ohne eine einzige Wohnung mehr gebaut zu haben. Daher bevorzugen wir eine verstärkte Förderung von den bestehenden Wohnungsbaugesellschaften, die flächendeckend vertreten sind.“, so Jensen.

„Dass Minister Lies kräftig zurückrudern musste und von den angekündigten 40.000 Wohnungen nun nur noch 1.450 Wohnungen in den kommenden Jahren bauen lassen will, wundert uns nicht. Falsche Versprechungen sind gerade bei diesem sensiblen Thema ein Schlag ins Gesicht für viele unserer Bürgerinnen und Bürger.“, sagt Jensen weiter.

„Wir brauchen Lösungen, die jetzt greifen, um privates Kapital und Gesellschaften stärker zur Investition in den Wohnraum zu motivieren: Eine Halbierung der Grunderwerbssteuer für Erstimmobilien mit einer Höchstgrenze von 10.000 Euro, eine Einführung des Gebäudetyps „E“ wie „Einfach“ mit neuen Planungsfreiheiten oder die Förderung des kommunalen Mietwohnungsbaus und beschleunigte Bauleitplanung für Nahverdichtung sind nur einige unserer Vorschläge. Wir fordern eine umfassendere Strategie, um die Bedürfnisse der Bevölkerung zu erfüllen.“



„Wilhelmshaven kann nun fest mit Mitteln aus der Bedarfszuweisung des Landes rechnen“

Die Stadt Wilhelmshaven erhält eine Million Euro als Bedarfszuweisung vom Land Niedersachsen für den ersten Bauabschnitt des neuen Multifunktionsgebäudes an der „Bunten Wache“ an der Inhauser Straße in Fedderwardergröden. Das teilte das Innenministerium jetzt mit. Damit ist Wilhelmshaven eine von 39 finanzschwachen Kommunen in Niedersachsen, die Landesmittel für Investitionen im Brandschutz bekommt. „Ich freue mich sehr, dass die Stadt nun fest mit diesen Mitteln für die Realisierung des Multifunktionsgebäudes in Wilhelmshaven rechnen kann“, sagt die CDU-Landtagsabgeordnete Katharina Jensen, deren Patenwahlkreis Wilhelmshaven ist. „Wilhelmshaven hat großes Potenzial, um Energiedrehscheibe zu werden.



Damit einher gehen aber auch neue Aufgaben für den Brand- und Katastrophenschutz. Mit dem LNG-Terminal direkt vor der Haustür müssen die Kameradinnen und Kameraden fit sein für diese und kommende Herausforderungen“, so Jensen. Die Energiewende erfordere den Umgang mit neuen Gefahrenstoffen, etwa Wasserstoff, Ammoniak, Flüssigerdgas oder Biogas. „Mit Blick auf den dringend notwendigen schnellen Hochlauf der Wasserstoffwirtschaft ist es zwingend erforderlich, dass Brand- und Katastrophenschützer bestens ausgebildet sind“, betont Jensen. Hier könne das Vorhaben der Stadt Wilhelmshaven einen wichtigen Beitrag leisten.

Geplant ist neben dem Multifunktionsgebäude, in dem unter anderem neue Seminarräume für diese Ausbildung sowie ein Ausweichrechenzentrum der Stadt und Büros entstehen, eine neue Fahrzeug- und Trainingshalle. Derzeit rechnet die Stadt mit Investitionen von gut acht Millionen Euro. „Der Investitionsbedarf der Kommunen in den Brand- und Katastrophenschutz ist – wie in Wilhelmshaven – hoch. Das habe ich in vielen Gesprächen immer wieder bestätigt bekommen. Daher kann ich nur alle Kommunen ermutigen, zu prüfen, ob ihr Vorhaben über die Bedarfszuweisung des Landes förderfähig ist“, so Jensen.

„Es muss vorab klar sein, welche CO₂-Emissionen in der Landwirtschaft als unvermeidlich anzusehen sind“

Die Bundesregierung hat in diesem Jahr eine Neufassung des Klimaschutzgesetzes auf den Weg gebracht und ein entsprechendes Klimaschutzprogramm vorgelegt. „Ziel des Klimagesetz soll die deutliche Senkung von Treibhausgasemissionen sein, das ist aber bezogen auf den Sektor Landwirtschaft ohne den massiven Abbau der Tierhaltung in Deutschland nicht möglich“, erläutert die CDU-Landtagsabgeordnete Katharina Jensen, die auch Mitglied im niedersächsischen Agrarausschuss ist, ihre Sicht in einem Pressegespräch mit dem Kreislandvolkverband Friesland.



„In Niedersachsen steht nun die Novellierung des Landes-Klimagesetzes an und im Zuge dessen muss zwingend vorab klargestellt werden, welche CO₂-Emissionen als unvermeidlich anzusehen sind, bevor sektorscharfe Einsparziele festgelegt werden. Denn Landwirtschaft kann per Definition nicht CO₂-neutral sein, da zur Herstellung von Kohlenstoffverbindungen immer auch Energie eingesetzt werden muss“, so Jensen. Diese ist nach heutigem Ermessen eben nicht zu 100 Prozent regenerativ – und damit klimaneutral.

„Wenn wir künftig aber weiterhin bezahlbare Lebensmittel für die Bevölkerung in Deutschland produzieren wollen und so die Grundversorgung sicherstellen, dann müssen wir als Gesellschaft eine gewisse Emission in Kauf nehmen. Nämlich die, die zur Lebensmittelerzeugung unverzichtbar ist“, betont sie. Erst wenn die unvermeidbaren Emissionen fest stehen, steht das Ziel die vermeidbaren Emissionen schrittweise zu reduzieren – allerdings nicht in absoluten Zahlen, sondern stets in Bezug auf die produzierte Menge. „Emissionsreduktion durch Produktionsreduktion ist definitiv der falsche Weg, da die Produktion dann eben an anderen Stellen in der Welt stattfindet – in der Regel mit höheren Emissionen. Das können wir nicht wollen!“, sagt Jensen. Damit würde das Ziel der Emissionsreduktion global ins Gegenteil verkehrt und die Abhängigkeit Deutschlands von Lebensmittelproduktionen aus dem Ausland weiter befeuert.

Die deutsche Landwirtschaft sei willens und in der Lage Einsparziele zu erreichen, es gibt Potenzial für Emissionsreduktionen in den Bereichen Methan, Lachgas – und auch CO₂. „Ein großer Teil der Ziele wird aber leider durch den Abbau der Tierhaltung und durch die Reduktion des N-Überschusses und einhergehend Reduktionen der mineralischen Düngung erreicht“, erklärt sie. Mit Blick auf den Abbau der Tierhaltung werde hier aber wieder nicht die Reduktion auf die produzierte Einheit bezogen. „Aus meiner Sicht gibt es insgesamt eine Notwendigkeit zur Erstellung von Sektorzielen, aus denen hervorgeht, wer bereits Emissionen in einem relevanten Umfang eingespart hat – und dazu gehört die

Landwirtschaft. Daher könnten nun erstmal andere Sektoren vorrangig in die Pflicht genommen werden“, so Jensen. Denn mit Blick auf Tierhaltung und Düngung habe die Landwirtschaft die Einsparziele aus dem vorherigen Klimaschutzgesetz in Höhe von 65 Prozent bis 2030, ausgehend von 1990, in greifbare Nähe gerückt – „aber eben zum Preis des Produktionsrückgangs!

Wie nun aber etwa im Bereich der landwirtschaftlichen Maschinen und dem Betriebsmittel-Einsatz in den kommenden sieben Jahren ebenfalls 65 Prozent eingespart werden sollen, dazu fehlt mir im Moment noch die Fantasie“, sagt Jensen. Auch die Pläne zur Wiedervernässung der Moore unter Verdrängung der landwirtschaftlichen Produktion ist aus Sicht von Jensen nicht hinnehmbar. Damit bekommt Wiedervernässung allerdings eine ganz andere Dimension: „Durch Kombination von landwirtschaftlicher Nutzung und vergleichsweise hohen Wasserständen werden CO2-Emissionen zwar reduziert aber nicht zu 100 %, die CO2-Freisetzung aus dem Moor erfolgt also weiterhin und dafür über einen längeren Zeitraum. Dieses zu akzeptieren, gehört zur Wirklichkeit dazu. Bei zunehmender Trockenheit ist auch eine größere Verfehlung der Ziele auf den Moorböden in Kauf zu nehmen“, sagt Jensen.

27. November 2023

„Ganztagsausbau auf der Kippe – Abgeordnete und Kreistagsfraktion warnen vor drohender Finanzierungslücke“

Ab 2026 hat jeder Erstklässler in Niedersachsen einen Rechtsanspruch auf einen Ganztagsplatz – zumindest theoretisch, denn in der Praxis könnte ein enormes Finanzierungsdefizit diesen Anspruch noch vor seinem Inkrafttreten gefährden. Das Vorhaben wird jeweils anteilig durch Bund, Länder und Kommunen finanziert. Das Problem: die bislang beschlossenen Anteile könnten für die Kommunen nicht umsetzbar sein.



Nach einem Treffen mit Grundschulen und Kommunen am vergangenen Montag zu diesem Thema ziehen die Bundestagsabgeordnete Anne Janssen und die Landtagsabgeordnete Katharina Jensen auch für die Region eine ernüchternde Bilanz. „Der Ausbau der Ganztagsbetreuung ist maßgeblich für eine Entlastung der Familien und eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Ein Scheitern würde fehlende Betreuung und fehlende Planungssicherheit bedeuten. Mit einem Finanzierungsanteil von 3,5 Milliarden Euro leistet der Bund zwar einen erheblichen Beitrag, doch wenn es am Ende trotzdem nicht reicht, müssen wir uns besser gestern als morgen fragen, ob der Anteil wirklich groß genug ist. Leider macht die aktuell verfahrenere Haushaltslage der Ampel auch jeden sinnvollen Anspruch aktuell zu einer nicht absehbaren Aufgabe.“

„Wir sehen deutlich: Das Geld reicht nicht und ohne deutlich mehr Geld vom Land droht die flächen-

deckende Umsetzung des Rechtsanspruchs auf einen Ganztagsplatz für Erstklässler ab 2026 zu scheitern. Deswegen hat die CDU-Fraktion in Niedersachsen in ihrem Haushaltsentwurf für 2024 gefordert, dass die Mittel, die das Land für den Ganztagsausbau an Grundschulen zur Verfügung stellt, um 15 Millionen Euro aufgestockt werden. Damit stünden rund 25 Millionen Euro statt bisher 10 Millionen Euro von Landesseite bereit“, sagt Katharina Jensen, CDU-Landtagsabgeordnete. Denn die Kommunen, auch in Friesland und Jade, seien teilweise nicht in der Lage, die teils enormen Investitionssummen zu stemmen. Auch dann nicht, wenn sie „nur“ 15 Prozent der Gesamtkosten übernehmen müssten.

In Zahlen bedeutet das für die hiesigen Kommunen zum Beispiel einen Anteil von voraussichtlich rund 67.000 Euro für die Gemeinde Bockhorn, knapp 175.000 Euro für die Stadt Varel oder knapp 170.000 Euro für die Stadt Schortens. Für den Landkreis Friesland inklusive seiner Städte und Gemeinden belaufen sich die Kosten aktuellen Zahlen zufolge auf etwa 733.000 Euro. Dazu findet auch Melanie Sudholz, als CDU-Kreistagsmitglied des Landkreises Friesland im Ausschuss Schule, Sport, Kultur, klare Worte: „Unser Anspruch muss sein, dass unsere Grundschulen so gut aufgestellt sind, dass eine bedarfsgerechte Ganztagsbetreuung möglich ist. Das bedeutet neben mehr Räume für Erholung und Freizeit auch funktionale Teams, mehr Schulsozialarbeit, Kooperationen und pädagogisches Personal. Jährliche Personalkosten, die noch nicht eingeplant sind, und die die Kommunen zusätzlich aufwenden müssen.“

21. November 2023

#mammoBis75: „Laut Landesregierung erhalten die neu anspruchsberechtigten Frauen zwischen 70 und 75 Jahren vorerst keine persönliche Einladung – das ist bedauerlich“

Frauen in Niedersachsen zwischen 70 und 75 Jahren, die ab Juli 2024 auch am bundesweiten Mammographie-Screening zur Früherkennung von Brustkrebs teilnehmen können, werden vorerst keine persönliche Einladung bekommen.

Das geht aus einer Antwort der Landesregierung auf eine Kleine Anfrage der Abgeordneten Katharina Jensen hervor. „Damit wird Niedersachsen keine Vorreiterrolle einnehmen, wie es dem Bundesland bei der Einführung des Screenings 2005 noch gelungen ist“, kommentiert Jensen. Die Landesregierung argumentiert mit rechtlichen Gründen: So sei eine Anpassung der Niedersächsischen Meldedaten-verordnung erst dann möglich, wenn die geänderte Bundes-Richtlinie in Kraft getreten ist – das ist aber

erst für Ende 2025 geplant. Bis dahin müssen die neu anspruchsberechtigten Frauen sich also selbst informieren und entsprechend aktiv werden.



Für die bereits seit 2005 anspruchsberechtigten Frauen zwischen 50 und 69 Jahren gilt das nicht: Sie werden in Niedersachsen weiterhin im Auftrag der Krankenkassen vom Gesundheitsamt Bremen

regelmäßig zu den Screening-Terminen eingeladen. Ebenso bedauert auch Heike Langediers, Vorsitzende des Kreislandfrauenverbands Friesland-Wilhelmshaven, dass es für die Frauen ab 70 Jahren eine persönliche Einladung vorerst nicht geben wird: „Bereits 2005 hat Niedersachsen die Vorreiterrolle im qualitätsgesicherten Mammographie-Screening-Programm gegenüber allen anderen Bundesländern in Deutschland eingenommen. Das hätte ich mir auch 2023 bei der aktuellen Umsetzung der Meldedatenverordnung für eine Erweiterung der Altersgrenze im Mammographie-Screening-Programm erhofft. Dass dies nun offenbar nicht gelingt, finde ich sehr bedauerlich!“.

Die Initiative aus Friesland „#mammoBis75“ hatte für die Anhebung der Altersgrenze auf 75 Jahre erfolgreich gekämpft. Der Kreislandfrauenverband Friesland/Wilhelmshaven und Ann-Kathrin Cramer, Gleichstellungsbeauftragte des Landkreises Friesland, hatten eine Petition gestartet und mehr als 80 000 Unterschriften gesammelt. Die Neuregelung beschloss der Gemeinsame Bundesausschuss (GBA) im September diesen Jahres. Heike Langediers würde es begrüßen, wenn statt der Übergangslösung, den Frauen ab 70 Jahren schnellstmöglich postalisch eine schriftliche Einladung zur Mammographie zukommen würde. „Nur so ist gewährleistet, dass Frauen zwischen 70 und 75 Jahre ihren Anspruch auch wirklich regelmäßig alle zwei Jahre wahrnehmen werden“, betont Langediers.

Laut niedersächsischem Gesundheitsministerium sollen die neu anspruchsberechtigten Frauen in der Übergangszeit stattdessen mittels einer Pressemitteilung sowie auf der Internetseite des Ministeriums auf die neue Möglichkeit aufmerksam gemacht werden. Zudem soll auch auf den einschlägigen Social-Media-Kanälen des Ministeriums entsprechend informiert werden. Man wolle darüber hinaus auch auf die niedersächsischen Vertretungen der Ärzte- und Apothekerkammer sowie der Krankenkassen zugehen, um eine breite Information der betroffenen Zielgruppe zu gewährleisten, schreibt die Landesregierung. Auch einen Flyer soll es geben. „Ich hoffe sehr, dass diese Bemühungen ausreichen werden, damit die Frauen von ihrem Anspruch auch tatsächlich erfahren“, so Jensen.

17. November 2023

CDU-Landtagsabgeordnete informieren sich über grünen Wasserstoff

Der Arbeitskreis Häfen und Schifffahrt spricht auf Einladung von Katharina Jensen, CDU-Landtagsabgeordnete für den Wahlkreis Friesland/Jade, mit der Wilhelmshavener Hafenwirtschaftsvereinigung und dem Jade Weser Port über den Ausbau der Region zum Energie-Hotspot.

In Wilhelmshafen informierten sich die Politiker zusammen mit der Wilhelmshavener Hafenwirtschafts-Vereinigung im ersten Teil ihrer Bereisung bei dem Unternehmen TES über



die Notwendigkeit und Umsetzungsvoraussetzungen für den Import von grünem Wasserstoff. Grüner Wasserstoff, der auf dem Seeweg importiert werden könnte, benötigt eine entsprechende

Infrastruktur. Da Wilhelmshaven hierfür die besten Voraussetzungen aufweist, bemüht man sich hier um Unterstützung durch den Bund und das Land Niedersachsen. Eine neuer Hafenanleger, der die Anbindung an die Energieverteilung an Land gewährleisten könnte, wird dringend benötigt. Da grüner Wasserstoff nur einen Bruchteil an Schiffskapazitäten, im Gegensatz zu dem bisher bekannten weißen Wasserstoff, benötigen würde, wäre auch eine deutlich größere Importmenge realistisch. Die CDU-Abgeordneten sagten der Hafenwirtschaftsvereinigung, die diese Idee mit trägt, ihre Unterstützung zu.

Im zweiten Teil ging es zum Jade Weser Port. Hier übernahm die Jade Weser Port Marketing eine Führung über das Gelände, um die weiteren Planungen auf den noch freien Flächen vorzustellen. Im anschließenden Gespräch wurde noch einmal deutlich, wie wichtig der weitere Ausbau der Wilhelmshavener Hafeninfrastruktur für das Gelingen der Energiewende in Deutschland ist. Landtagsabgeordnete Katharina Jensen fasste zusammen: „Es müssen unbedingt Auflagen gelockert und Bürokratie abgebaut werden, damit wir im internationalen Wettbewerb im Energiesektor mithalten können!“

16. November 2023

„Energiewende kann nur technologieoffen gelingen“

Der Ausbau von Windenergie an Land und Freiflächen-Photovoltaik soll deutlich beschleunigt werden. Deswegen hat die niedersächsische Landesregierung einen entsprechenden Gesetzentwurf am Mittwoch, 8. November, zur ersten Beratung ins Plenum eingebracht.

„In Friesland drehen sich bereits etliche Windräder, die Region ist Vorreiter in Sachen Windkraftausbau; trotzdem gibt es auch in meinem Wahlkreis noch Potential für weitere Anlagen. Wir brauchen also den beschleunigten Ausbau“, kommentiert die CDU-Landtagsabgeordnete Katharina Jensen aus dem Wangerland den Entwurf. „Ob der Gesetzentwurf zum Ausbau der Windenergieanlagen an Land und Freiflächen-Photovoltaikanlagen der Rot-Grünen Landesregierung in der jetzigen Form diesen Booster bringt, da bin ich allerdings skeptisch. Denn anstatt Kommunen, Verbänden und der Bevölkerung einen echten Leitfaden an die Hand zu geben, wird die Verwirrung immer größer. Da bahnt sich ein weiteres Bürokratiemonster an.“ Zwar sei zu begrüßen, dass die Landesregierung sich nun an den Flächenzielen und am Zeitplan des Bundes orientiert und nicht mehr versucht, diese Ziele um jeden Preis zu über-treffen. In dem Gesetzentwurf würden Kommunen und Planungsträgern allerdings Berichtspflichten vorgeschrieben, die weit über das hinausgehen, was der Bund fordert. „Ebenso schränkt die geplante Pflicht zur Akzeptanzabgabe die Kommunen massiv in ihrer Freiheit zur Verwendung der Mittel ein. Was jetzt auf freiwilliger Basis gut funktioniert, wird kompliziert und bürokratisch“, so Jensen.



Und so viel gehört zur Wahrheit auch dazu: „Bisher werden nur acht Prozent des Strombedarfs in Deutschland aus Wind und Sonne gedeckt. Selbst wenn wir in Deutschlandgeschwindigkeit ausbauen, wird es nicht reichen. Ohne Gaskraftwerke und einen schnellen Wasserstoffhochlauf ist die Energiewende nicht zu schaffen“, betont Jensen. „Wir können den Industriestandort Deutschland also nur dann erhalten, wenn wir die bestehenden Energielieferanten mit einbinden. Geht er verloren, bringt der Verlust auch soziale Probleme mit sich, Stichwort Preise und Arbeitsplätze.“ Daher plädiert die Abgeordnete für einen technologieoffenen Blick auf die Energiewende.

„7-Prozent-Regel: Gastronomiebranche braucht dringend diese Entlastung. Ermäßigter Satz muss beibehalten werden“

Nachdem die Ampel im Bund den Gesetzentwurf der CDU/CSU zur Entfristung und dauerhaften Anwendung eines ermäßigten Satzes von 7 Prozent auf den Verzehr von Speisen im Restaurant abgelehnt hat, hat die CDU-Fraktion in Niedersachsen an diesem Donnerstag, 12. Oktober, einen Entschließungsantrag zum Beibehalt der 7-Prozent-Regel ins Plenum eingebracht.

„Denn es ist völlig klar, eine Rücknahme der ermäßigten Mehrwertsteuer von 7 auf dann wieder 19 Prozent auf Speisen wäre ein herber Rückschlag für die Gastronomiebranche“, sagt die CDU-Landtagsabgeordnete Katharina Jensen für Friesland/Jade. „In meiner Heimatgemeinde leben sehr viele Menschen von und mit dem Tourismus, die Erhöhung des Satzes ist eine drastische Belastung für die Gastronomie, die aber dringend eine Entlastung bräuchte“, betont Jensen.



Nach drei Verlustjahren in Folge haben die heimischen Restaurants und Hotels noch nicht wieder die Vorkrisenumsätze erreicht. Im Gegenteil: Allein durch die Corona-Pandemie und die Energiekrise mussten bereits 3.000 Betriebe in Niedersachsen schließen. Der Deutsche Hotel- und Gaststättenverband (Dehoga) rechnet damit, dass bei einer Anhebung des Mehrwertsteuersatzes noch 1.000 weitere Unternehmen den Betrieb einstellen müssen. „Die Erhöhung der Mehrwertsteuer wäre auch für unsere touristische Region ein weiterer sehr negativer Punkt“, unterstreicht Jörg Scherf, Chef vom Gasthof „Zum Deichgrafen“ im Wangerland. In der Region übernachteten viele Gäste in Hotels und Ferienwohnungen ohne Verpflegung. „Das Essen gehen wird teuer und wird die Laune im Urlaub und die Planung für den nächsten Urlaub doch sicherlich sehr beeinflussen“, ist sich Jörg Scherf sicher. Weniger Gäste aber könne sich die Region in keinem Fall erlauben.

Ein weiterer Aspekt seien Lohnsteigerungen; die Angestellten in den Gastronomiebetrieben bekommen deutlich mehr Lohn als vor der Pandemie, auch um weitere Abwanderungsbewegungen aus der Branche zu vermeiden. „Das bedeutet aber auch, dass die Ausgaben der Tourismusbetriebe gestiegen sind, wenn jetzt frisch zubereitete Speisen wieder mit 19 Prozent Mehrwertsteuer belegt werden müssen, dann sind die Gastronomen gezwungen, die enormen Kostensteigerungen doch eins zu eins an die Gäste weiter-zugeben“, erläutert Jensen. „Diese hohen Preise würden dann dazu führen, dass noch weniger Gäste kommen.“ Der Dehoga-Bundesverband spricht in diesem Zusammenhang sogar von einem Preisschock für die Gäste – mit fatalen Folgen für die Gesellschaft, den Staat und die Betriebe.

„Die Gastronomiebetriebe brauchen also in den kommenden Jahren Planungssicherheit, um Jobs zu erhalten, möglicherweise sogar wieder neue zu schaffen und das Tourismusland Niedersachsen zu stärken“, sagt Jensen.

Die Aussage des niedersächsischen Finanzministers, eine Verlängerung der 7-Prozent-Regel würde das Land allein im kommenden Jahr 155 Millionen Euro kosten, sei hingegen nicht haltbar, denn wenn Unternehmen ganz aufgeben müssten, dann zahlen sie überhaupt keine Steuern mehr. Daher fordert die CDU-Fraktion die Landesregierung auf, unverzüglich eine Bundesratsinitiative zu initiieren mit der Forderung an den Bund, den ermäßigten Umsatzsteuersatz auch über das Jahr 2023 hinaus fortzusetzen und sicherzustellen, dass dies vom Bund finanziert wird.

Denn die Abschaffung des reduzierten Mehrwertsteuersatzes würde zugleich eine grundsätzliche Wettbewerbsungleichheit in Europa bedeuten, da 23 von 27 EU-Mitgliedstaaten der Gastronomie einen ermäßigten Steuersatz gewähren.

14. November 2023

„Schutzstatus des Wolfs: Alle Daten müssen der EU-Kommission vorliegen“

Während für einen Wolf im Raum Hannover jetzt eine Abschussgenehmigung erteilt wurde, wartet der Landkreis Stade nach der verheerenden und inzwischen bestätigten Wolfsattacke mit 55 getöteten Schafen immer noch auf eine Entscheidung.



Indes hätte Bundesumweltministerin Steffi Lemke bis zum 22. September aktuelle Wolfszahlen aus Niedersachsen und Brüssel an die EU-Kommission melden sollen, damit dort der günstige Erhaltungszustand festgestellt werden kann. „Auch wenn sie den Vorwurf natürlich zurückweist, der Schutzstatus des Wolfes kann nur überprüft werden, wenn auch alle Daten vorliegen“, kritisiert die CDU-Landtagsabgeordnete Katharina Jensen für den Wahlkreis

Friesland/Jade und Mitglied im Agrarausschuss. „Es bleibt also vorerst bei warmen Worten, auf Taten warten die Nutztierhalter in Niedersachsen immer noch vergeblich“, sagt Jensen. Auch in der Region Friesland/Wittmund gibt es eine hohe Wolfsdichte, die schon zu erheblichen Problemen für Weidetierhalter geführt hat: Allein in den Jahren 2022 und 2023 zählte Wittmund laut Wolfsmonitoring des Landes Niedersachsen 13 Übergriffe durch Wölfe mit 27 toten und 18 verletzten Tieren, in Friesland waren es im selben Zeitraum 6 Übergriffe mit 11 toten und 3 verletzten Tieren. Wolfssichtungen rund um zwei Grundschulen in Cleverns (Friesland) und in Friedeburg (Wittmund) sorgten ebenfalls für Unruhe in der Bevölkerung. „Die Akzeptanz für den Wolf ist deswegen inzwischen auf einem Tiefpunkt angelangt“, so Jensen.

Ganz offensichtlich hätten die Gespräche von Ministerpräsident Weil und Minister Meyer in Berlin und Brüssel nichts bewirkt. „Die Unterstützung der Weidetierhalter hat offenbar im Bundesumweltministerium keine hohe Priorität“, so Jensen. „Ich kann daher nur jeden Bürger auffordern, sich an der Befragung der EU zu beteiligen und die aktuellen Wolfszahlen auf diesem Wege an die Kommission zu melden und so die Feststellung des guten Erhaltungszustand zu beantragen.“

#mammoBis75: „Für eine persönliche Einladung der neu anspruchsberechtigten Frauen ist eine Änderung der niedersächsischen Meldedatenverordnung nötig“

Alle anspruchsberechtigten Frauen bis zu einem Alter von 75 Jahren werden bundesweit ab Juli 2024 an Mammographie-Screenings, also dem Brustfrüherkennungsprogramm, teilnehmen können. Bisher war das nur für Frauen im Alter von 50 bis 69 Jahren möglich. Die Anhebung der Altersgrenze auf 75 Jahre ist der Initiative „mammoBis75“ aus Friesland zu verdanken. Der Kreislandfrauenverband Friesland-Wilhelmshaven und Ann-Kathrin Cramer, Gleichstellungsbeauftragte des Landkreises Friesland, hatten eine Petition gestartet und mehr als 80 000 Unterschriften gesammelt. Die Neuregelung beschloss der Gemeinsame Bundesausschuss (GBA) am 21. September diesen Jahres.

„Ich freue mich sehr über diesen tollen Erfolg und gratuliere der Initiative, die jahrelang für die Anhebung der Altersgrenze gekämpft hat“, sagt die CDU-Landtagsabgeordnete Katharina Jensen für den Wahlkreis Friesland/Jade. Gemeinsam mit ihrer Kollegin Anne Janssen (CDU) im Bund hat sie die Initiative unterstützt. „Damit die Frauen in Niedersachsen im Alter zwischen 70 und 75 Jahren künftig von ihrem Anspruch auf das Mammographie-Screening flächendeckend erfahren und entsprechend regelmäßig eingeladen werden, ist aber eine Änderung der niedersächsischen Meldedatenverordnung nötig“, erläutert Jensen. „Das ist bisher aber noch nicht geschehen.“

Damit die Zeit bis zu den regelmäßigen Einladungen für die jetzt zusätzlich anspruchsberechtigten Frauen in Niedersachsen nicht zu lang wird, hatten Jensen und Janssen einen gemeinsamen Brief an Gesundheitsminister Dr. Andreas Philippi verfasst. „Darin haben wir diese Anpassung bereits im April dieses Jahres gefordert, aber leider bis heute keine Antwort erhalten. Man hätte hier in Niedersachsen aus meiner Sicht schon einen Schritt weiter sein können“, so Jensen.

Daher hat die Abgeordnete nun im Rahmen einer Kleinen Anfrage an die Landesregierung das Thema erneut aufgegriffen. „Eine Antwort steht aber noch aus“, so Jensen. Sie hoffe nun, dass die Anpassung der niedersächsischen Meldedatenverordnung zügig in Angriff genommen werde.

„Schneller Aufwuchs der Wasserstoffwirtschaft unverzichtbar – Planungsbeschleunigung notwendig“

„Wir alle wissen, die Energiewende muss gelingen, nur wird der Strom aus erneuerbaren Energien es nicht alleine richten. Für die Klimaneutralität der Volkswirtschaft ist ein schneller Aufwuchs der Wasserstoffwirtschaft daher unverzichtbar“, erklärt die Abgeordnete Katharina Jensen bei der Einbringung des Antrags zur Schaffung des Wasserstoffkernnetzes.

„Die küstennahen Hafен-, Leitungs- und Speicherinfrastrukturen sind dabei zentrale Bausteine. Eine besondere Rolle spielt der Leitungsneubau, z.B. in Form der Wilhelmshaven Anbindungsleitung (WAL I) und der Speicher Etzel Anbindungsleitung (SEAL-Trasse). Die Pläne für den Wasserstoffhochlauf im Nordwesten Niedersachsens liegen also auf dem Tisch und die Landesregierung ist jetzt gefordert“, so die Abgeordnete.

Sie müsse jetzt beweisen, dass das LNG-Beschleunigungsgesetz und die Realisierung der LNG-Importinfrastruktur in nur neun Monaten in Niedersachsen keine Eintagsfliegen waren.

„Mit unserem heute eingebrachten Entschließungsantrag fordern wir die Landesregierung auf, sich mit Nachdruck beim Bund für die schnellstmögliche Umsetzung der für eine Planungsbeschleunigung notwendigen Maßnahmen für den Hochlauf der Wasserstoffwirtschaft einzusetzen und die Fragen rund um die Risikoübernahme bei Pionierprojekten zu klären“, so Jensen.

20. September 2023

„Der Industriestandort Deutschland macht es seinen Unternehmen immer schwerer“

Schärfere Regularien, hohe Strompreise, immer weitere Verbote, das ist die Bilanz eines Austausch der Bundestagabgeordneten Anne Janssen und der Landtagsabgeordneten Katharina Jensen (beide CDU) mit dem Wilhelmshavener Standort des Unternehmens Vynova. Der Termin unterstrich: der Industriestandort Deutschland macht es seinen Unternehmen immer schwerer.



Hier am Standort des Chemie-Unternehmens entsteht das hochwertige und vielseitig einsetzbare PVC, aus dem zum Beispiel Fensterprofile, Rohre oder Kabelummantelungen, aber auch Medizinprodukte wie Infusionsbeutel hergestellt werden.



Über die letzten Monate allerdings sei die Produktnachfrage etwa aus der Bauwirtschaft deutlich zurückgegangen, so das Unternehmen. „Bei 50%

Produktion arbeiten die Anlagen nicht effektiv. Die Verunsicherung in den Märkten kommt bei uns Produzenten von Grundchemikalien jetzt an“, so Produktionsleiter Dr. Benno Krüger.

Und auch der hohe Strompreis macht dem Wilhelmshavener Werk zu schaffen. So lag der durchschnittliche Preis pro Megawattstunde 2022 bei etwa 230 Euro – zum Vergleich blieb im selben Zeitraum der Preis im Partnerwerk im französischen Mazingarbe bei stabilen 42 Euro. „Dass das nicht nur weltweit, sondern bereits innerhalb des europäischen Marktes ein erheblicher Nachteil ist, ist selbsterklärend. In den vergangenen Jahren haben sich die Rahmenbedingungen hier in Deutschland erheblich verschärft. Wir können nicht darauf warten, ob sich die Lage wieder bessert oder bis dahin die Unternehmen einfach abgewandert sind“, so Anne Janssen.

„Die Gespräche des heutigen Tages haben wieder einmal deutlich gemacht, dass wir für unsere energieintensiven Industriebetriebe jetzt einen günstigen Industriestrompreis benötigen, deswegen bin ich sehr beunruhigt über die jüngsten Aussagen unseres Bundeskanzlers, der genau diesem Industriepreis eine Absage erteilt hat“, so Landtagsabgeordnete Jensen.

Aus Brüssel droht nun eine zusätzliche Belastung: Die europäische Chemikalienagentur (ECHA) prüft derzeit ein generelles Verbot von Per- und polyfluorierten Stoffen (PFAS). Mit schwerwiegenden Folgen für die Industrie. „Solch ein generelles Verbot führt z.B. bei der Handhabung von korrosiven Stoffen und hohen Temperaturen zu großen Problemen hinsichtlich Emissionen und Sicherheit, betriebsbewährte und beständige Dichtungen können nicht mehr verwendet werden und gleichwertige Ersatzprodukte sind nicht verfügbar“ wie Andreas Scholz (VP QSHE der Vynova Gruppe) ausführt.

„Von der Herstellung einer Teflonpfanne bis zum Bau eines Windrades findet sich diese Stoffgruppe in unserem Alltag wieder, die Verzahnung ist riesig. Ohne einen praktikablen Weg und passende Folgeprodukte fehlt den Unternehmen bei einem pauschalen Verbot die Bewältigungsstrategie – und uns damit die Produkte. Und es betrifft nicht nur Produkte wie Feuerschutzkleidung, sondern auch Chemikalien, die für die Umsetzung des europäischen Green Deals benötigt werden. Also riesige Wertschöpfungsketten“, beleuchtet Anne Janssen das Ausmaß.

„Deutschland ist zu einem Hochkostenstandort geworden, bedingt durch starke Steuerbelastungen, hohe Lohnnebenkosten, lange Genehmigungsverfahren und starke Regulierungen. Wir sehen zunehmende Kapitalflucht und die Gefahr der Deindustrialisierung, auch in Niedersachsen“, ermahnt Katharina Jensen. Laut Jensen benötigen die Wirtschaft und der Mittelstand eine Unternehmenssteuerreform statt weiterer unattraktiver Fördertöpfe, und mehr finanzielle Mittel für den Ausbau der Häfen- und Strasseninfrastruktur, sowie die Wiedereinführung der Kofinanzierung des

Breitbandausbaus. „Das wäre Entwicklung des ländlichen Raums“, fasst Jensen zusammen.

Einfach abzuwarten, ist keine Option, doch die Situation scheint verfahren. Zusammen mit vier weiteren Ländern will auch die Ampel-Regierung das Verbot durchsetzen. „Arzneimittel, Mikrochips – zahlreiche Engpässe der vergangenen Jahre haben gezeigt, welchen Nachteil eine Abwanderung von Unternehmen in das außereuropäische Ausland hat“, warnt Janssen und hier ist die Runde sich einig.

Jetzt gilt es, sich gegen ein pauschales Verbot und für den Erhalt des Industriestandorts einzusetzen.

8. September 2023

Kompetenznetzwerk Nutztierhaltung stellt Arbeit ein: „Eine schlechte Nachricht für die Nutztierhalter in Deutschland“

Das Kompetenznetzwerk Nutztierhaltung hat in einem Statement mitgeteilt, dass es seine Arbeit einstellen wird. „Das ist eine schlechte Nachricht für die Nutztierhalter in Deutschland und auch hier in der Region Friesland-Wilhelmshaven“, sagt die CDU-Landtagsabgeordnete Katharina Jensen aus dem Wangerland, die auch Mitglied im Agrarausschuss ist. Besonders die Begründung des Kompetenznetzwerks

Nutztierhaltung für die Einstellung der Arbeit lasse aufhorchen: Zwar

erkenne es an, dass in den vergangenen Monaten erste Schritte in Bezug auf Änderungen im Bau- und Umweltrecht sowie bei der Kennzeichnung unternommen wurden und die Einleitung eines Prozesses zur Einführung einer Tierwohlprämie erfolgt sei. „Allerdings sieht das Kompetenznetzwerk in der gegenwärtigen Ausgestaltung für den Großteil der Landwirtschaft keine hinreichende Grundlage für einen Umbau. Die politischen Voraussetzungen sind nicht erfüllt und auch der Bundeshaushalt 2024 lässt keinen Durchbruch erahnen. Dieser Sichtweise kann ich mich nur anschließen“, sagt Jensen.

Es fehlt an einer Ausgestaltung der laufenden Tierwohlprämien im Rahmen langfristiger und rechtssicherer Verträge und einer ausreichenden Finanzausstattung für die Umstellung einer jährlich steigenden substantiellen Anzahl von ökologischen und konventionellen Betrieben. „Die Botschaft ist für mich daher klar: Teile der Ampel wollen nicht mehr Tierwohl, sondern Abschaffung der Tierhaltung“, kritisiert sie.

„Dabei hat das Kompetenznetzwerk Nutztierhaltung mit seinen Empfehlungen von Februar 2020 ein Konzept für den Umbau der gesamten deutschen Nutztierhaltung zu einem deutlich höheren Tierwohlniveau vorgelegt und damit seinen Auftrag erfüllt“, erklärt Jensen. Diese Empfehlungen wurden damals gemeinsam von Interessenvertreterinnen und -vertretern der konventionellen und ökologischen Landwirtschaft und der Umweltverbände, zahlreichen weiteren Akteuren aus Wertschöpfungsketten und Verwaltung sowie Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern erarbeitet.



„Sie sind also nicht nur konsensfähig, sondern auch fachlich solide und realisierbar“, betont Jensen. „Die Empfehlungen verlangen den tierhaltenden Betrieben in Deutschland tiefgreifende und mit hohen investiven und laufenden Kosten verbundene Veränderungen ab. Sie müssen also zwingend mit den vorgeschlagenen politischen Maßnahmen flankiert werden, denn nur so wird dieser Umbau in der breiten Praxis ermöglicht und die erforderliche Planungssicherheit und Verlässlichkeit geschaffen.“

Kern der Empfehlungen ist die Einführung langfristiger staatlicher Tierwohlprämien bei schrittweiser Erhöhung des Tierwohlniveaus. „Auch aus meiner Sicht kann der gesamte Sektor nur so schrittweise auf ein hohes und deutlich über EU-Standard hinausgehendes Tierwohlniveau gebracht werden. Die Signale von Teilen der Ampel gehen aber in eine ganz andere Richtung“, kritisiert Jensen. „Hier fehlt ganz klar der politische Gestaltungswille in Teilen der Ampel.“

30. August 2023

Deutschlandticket, Personennahverkehr, Breitbandausbau: „Es muss realistisch mit den vorhandenen Ressourcen umgegangen werden“

Die Ankündigungen von Minister Lies zum Schienenpersonennahverkehr beinhalten unter anderem die Investition von 1 Mrd. € in akkubetriebene Züge. „Dies ist ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Die Investitionen können dazu beitragen, den Schienenpersonennahverkehr zu modernisieren und umweltfreundliche Mobilitätslösungen voranzutreiben.“, so Jensen.

„Jedoch ist es von Relevanz sich nicht ausschließlich auf akkubetriebene Züge zu fokussieren, sondern auch die Technologie der Wasserstoffzüge in Betracht zu ziehen. Technologieoffen zu agieren und verschiedene Ansätze zu prüfen, sind wichtige Bestandteile, um den Forschungs- und Energiestandort Niedersachsen voranzubringen und klimafreundliche Mobilität weiterzuentwickeln.“, betont Jensen. „Bezahlbare Ticketpreise und eine gut funktionierende Infrastruktur im ÖPNV sind unerlässlich. Nur so kann der ÖPNV attraktiver gestaltet und mehr Menschen dazu bewegt werden, umweltfreundliche Verkehrsmittel zu nutzen.“, sagt Jensen. Zurecht fordern die Kommunen eine langfristig gesicherten Finanzierung des Deutschlandtickets von Bund und Land. Mobilität hat nun mal ihren Preis.

„Bezugnehmend auf den Breitbandausbau dürfen wir nicht zulassen, dass unsere ländlichen Gebiete weiter abgehängt werden. Die Digitalisierung ist ein entscheidender Faktor für die Zukunftsfähigkeit unserer Regionen und den Wirtschaftsstandort Niedersachsen. Die geplante Einstellung der Breitbandförderung im Bereich der Grauen Flecken ist besorgniserregend und muss dringend überdacht werden“, so die CDU-Landtagsabgeordnete.

„Es muss realistisch mit den vorhandenen Ressourcen umgegangen werden“, appelliert die Abgeordnete Jensen. „Entwicklung und Mobilität hat ihren Preis, sodass eine ausgewogene Finanzierung erforderlich wäre, um eine nachhaltige und zugängliche Mobilität, sowie das Potenzial der Digitalisierung für alle Bürgerinnen und Bürger zu gewährleisten und auszuschöpfen. Die Prognose, dass das Geld wieder nicht ausreicht, ist wenig überraschend.“ so Jensen. „Als CDU-Fraktion setzen wir uns in ganz Niedersachsen dafür ein, dass unsere ländlichen Gebiete nicht benachteiligt werden und die Breitbandförderung weiterhin besteht“, stellt Jensen klar.

„Wilhelmshaven will Wissenschaftsstadt werden. Kriterien sind bedauerlicherweise sehr eng gefasst“

Die Stadt Wilhelmshaven will „Wissenschaftsstadt“ werden und hat sich beim zuständigen Ministerium für Inneres und Sport um den Titel beworben. Derzeit ist noch offen, ob das Vorhaben gelingen kann, denn das Ministerium hatte kürzlich durchblicken lassen, dass es geneigt sei, die Bewerbung abzulehnen. „Die Landesregierung hat auch mir gegenüber nun bekräftigt, dass es in Niedersachsen für die Verleihung der Bezeichnung ‚Wissenschaftsstadt‘ auf eine besondere historische Bedeutung der wissenschaftlichen Einrichtungen für die Stadt und auf noch heute sichtbare Merkmale – sowohl kulturell als auch architektonisch – ankommt“, berichtet die CDU-Landtagsabgeordnete Katharina Jensen, die Wahlkreispatin für Wilhelmshaven ist.



Das geht aus einer Antwort der Landesregierung auf eine Kleine Anfrage der Abgeordneten zum Themenkomplex hervor. Laut der Landesregierung müssen die wissenschaftlichen Einrichtungen prägend für die Stadt und das Stadtbild gewesen sein und noch heute eine zentrale Bedeutung für die Stadt und das Stadtbild haben, wobei die Strukturen, die hierzu geführt haben, in der Vergangenheit ununterbrochen vorhanden gewesen sein müssen. „Das ist natürlich für eine so junge Stadt wie Wilhelmshaven mit nur gut 150 Jahren Geschichte nicht möglich, da tritt sie allein aus diesem Grund bereits hinter historisch gewachsene Hochschulstandorte wie Hannover, Göttingen oder Osnabrück zurück“, sagt Jensen. „Ich finde das aber sehr bedauerlich, da andere Bundesländer wie etwa Bayern offenbar andere Kriterien festgelegt haben, die es durchaus zulassen, dass auch Städte diesen Titel verliehen bekommen, die besonders renommierte Forschungseinrichtungen außerhalb von Universitäten haben“, so Jensen. Denn mit Fürth, Straubing oder Burghausen gäbe es vergleichbare offizielle Wissenschaftsstädte, die sich durch ihre Forschungseinrichtungen und nicht durch ihre Historie als Universitätsstandort auszeichneten.

Die Landesregierung in Niedersachsen weist allerdings nochmals ausdrücklich darauf hin, dass die Verleihung von Bezeichnungen an Kommunen Ländersache sei und daher in jedem Bundesland eigenen Regelungen und Kriterien unterliege. In Niedersachsen ist das über Paragraph 20 Abs. 2 Satz 2 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) geregelt, wonach das Niedersächsische Ministerium für Inneres und Sport auf Antrag einer Gemeinde oder Samtgemeinde eine Bezeichnung verleihen kann. Die Kriterien in Niedersachsen sind 2007 von einer Arbeitsgruppe, bestehend aus Vertretern des Innenministeriums, des Niedersächsischen Ministeriums für Wissenschaft und Kultur sowie des damaligen Präsidenten des Niedersächsischen Landesarchivs, festgelegt worden, mit dem Ziel nur Kommunen durch einen staatlichen Benennungsakt hervorzuheben, auf die die Kriterien zutreffen, um so eine gesteuerte und nur auf wenige Kommunen begrenzte Verleihung von Bezeichnungen zu ermöglichen. „Das ist natürlich ungünstig für Wilhelmshaven, aber auch für andere Kommunen in Niedersachsen. Bisher gibt es in unserem

Bundesland nämlich keine einzige Stadt, die sich offiziell Wissenschaftsstadt nennen darf“, so Jensen. Immerhin weise die Landesregierung aber auf die Möglichkeit hin, dass auch die Stadt Wilhelmshaven jederzeit einen inoffiziellen Namenszusatz wie „Wissenschaftsstadt“ verwenden könne, solange deutlich würde, dass es sich um einen nichtamtlichen Zusatz handele.

25. Juli 2023

Fachkräftemangel in Kitas: „So kann es nicht weitergehen“

Es fehlen Erzieherinnen und Erzieher: rund 12000 sind es in Niedersachsen. Der Fachkräftemangel ist längst in jeder Einrichtung im Land angekommen. „Auch in Friesland und Jade fehlen die Fachkräfte in den Kindertagesstätten und es wird zusehends schwieriger, die Betreuung der Kinder aufrecht zu erhalten“, sagt die CDU-Landtagsabgeordnete Katharina Jensen für den Wahlkreis Friesland/Jade. „Eltern stehen vor großen Herausforderungen, sie müssen arbeiten, bekommen aber keine oder keine ausreichende Betreuung mehr für ihre Kinder. Die verbliebenen Erzieher und Erzieherinnen sind einer enormen Arbeitsbelastung ausgesetzt und die Unternehmen, die auf ihre Angestellten verzichten müssen, weil Eltern die Betreuung wieder zeitweise und oft sehr spontan selbst übernehmen müssen, merken das an jeder nicht geleisteten Arbeitsstunde“, sagt Jensen.

„So kann es nicht weitergehen. Es ist an der Zeit, dass die Kultusministerin Hamburg ins Handeln kommt. Es reicht nicht, sich mit den Kommunen zu streiten und Foren zu veranstalten ohne eigene Lösungsansätze“, kritisiert Jensen. Deswegen hat die CDU-Fraktion im Niedersächsischen Landtag am Mittwoch einen Entwurf zur Änderung des Niedersächsischen Gesetzes über Kindertagesstätten und Kindertagespflege (NKiTaG) eingebracht.

„Der Entwurf liefert kleine erste Schritte, die schon Verbesserungen erzielen“, sagt Jensen. Das Gesetz soll dafür sorgen, dass mehr Menschen für die Arbeit in der Kita motiviert werden. „Wer in Niedersachsen eine Ausbildung für eine Tätigkeit in einer Kindertagesstätte macht, soll ab dem ersten Tag in der Kita mitarbeiten und eine tarifliche Vergütung erhalten“, betont Jensen. „Aus unserer Sicht ist eine dualisierte Ausbildung, auch in Vollzeit, der entscheidende Schlüssel zur erfolgreichen Bekämpfung des Fachkräftemangels im Kita-Bereich. Denn das aktuelle System der vollzeitschulischen Ausbildung führt derzeit dazu, dass viele junge Frauen und Männer in den ersten beiden Jahren keine Ausbildungsvergütung erhalten.“

Die CDU-Fraktion setzt sich dafür ein, dass die Förderung der dualisierten Ausbildung gem. § 30 NKiTaG massiv ausgebaut wird. „Das hatten wir in unserem Änderungsantrag zum zweiten Nachtragshaushaltsgesetz 2023 deutlich gemacht. Parallel dazu müssen wir auch bei der Anerkennungspraxis von Quereinsteigern besser werden und bürokratische Hürden abbauen“, so Jensen.

Die CDU-Fraktion fordert für den Übergang, bis über die dualisierte Ausbildung mehr Fachkräfte ausgebildet sind, in Randzeiten bis 2027 auch Assistenzkräfte zuzulassen. Über Ausnahmeregelungen sollen die Träger dabei selbst entscheiden können. „Das machen wir deshalb, weil uns die Träger überall sagen, dass die Standards, im jetzigen Kita-Gesetz, die wir auch mitbeschlossen haben, wie sie für die Randzeiten, bei den Vertretungen und bei Drittkräften vorgeschrieben sind, vor dem Hintergrund der fehlenden Fachkräfte, oftmals nicht zu erfüllen sind. Das führt dazu, dass Betreuung dann überhaupt nicht stattfindet“, so Jensen. Der Gesetzentwurf wurde nun zur weiteren Beratung in den Ausschuss überwiesen.

„Scheunenfeten in Niedersachsen werden weiter möglich sein“

Scheunenfeten in Niedersachsen werden weiter möglich sein: „Wir begrüßen, dass die Landesregierung auf Druck der Landjugend und unseres Antrags sich dazu entschieden hat, nun auch für den Erhalt der Scheunenfeten einzutreten. Dennoch gehen die neuen Regelungen teilweise an der Realität des Genehmigungsalltags in den Kommunen vorbei. Die bürokratischen Hürden sind nicht so stark abgebaut worden, wie wir uns das als CDU-Fraktion gewünscht hätten“, sagt die CDU-Landtagsabgeordnete Katharina Jensen für den Wahlkreis Friesland/Jade.

Die Änderung der niedersächsischen Bauordnung mit Blick auf die „Scheunenfeten“ stand am Dienstagnachmittag auf der Tagesordnung des Juni-Plenums in Hannover. „Ein Thema, das auch in Friesland und Jade nicht nur die Landjugend, sondern auch andere Veranstalter in den vergangenen Monaten umgetrieben hat“, so Jensen. „Wir haben uns bei der Abstimmung letztlich enthalten. Grund für die Enthaltung war, dass wir als CDU-Fraktion im Niedersächsischen Landtag zwar das Bemühen von Rot-Grün um Vereinfachung erkennen können, und diese natürlich nicht im Kern ablehnen, dennoch aber sehr stark an der Praxistauglichkeit der Verbesserungsvorschläge zweifeln.“

Auch künftig muss ein Bauantrag gestellt werden, wenn auch in einem so genannten ‚vereinfachten Baugenehmigungsverfahren‘, in dem im Prinzip nur der Brandschutz geprüft werden soll. Allerdings soll ein Landkreis, so haben es der Gesetzgebungs- und Beratungsdienst Niedersachsen (GBD) und das zuständige Ministerium besprochen, auch die gesamte Klaviatur fordern dürfen, wenn der Genehmigungsbehörde etwa bei der Prüfung des Brandschutzes weitere relevante Dinge auffallen. „Und hier wäre man wieder im Bereich der Ungleichbehandlung, dass der eine Landkreis so agiert und der andere so. So kann das ‚vereinfachte Baugenehmigungsverfahren‘, eben auch schnell wieder zu einem vollumfänglichen werden. Daher brauchen wir ein einfaches und verlässliches System für Antragsteller und Genehmigungsbehörden“, betont Jensen.

Deswegen hat sich die CDU-Fraktion dafür stark gemacht, dass den Genehmigungsbehörden Leitfäden und Praxisbeispiele an die Hand gegeben werden, um die Genehmigungspraxis in Niedersachsens Kommunen möglichst einheitlich zu gewährleisten. „Und wir haben vehement dafür geworben, die temporäre Nutzungsänderung – und damit ein vereinfachtes Genehmigungsverfahren – auf die Dauer von drei Veranstaltungen im Jahr mit einer jeweiligen maximalen Dauer von vier Tagen auszuweiten“, so Jensen.

5. Juni 2023

„Wir müssen die, die in der Kinderbetreuung arbeiten, unbedingt halten und neue hinzugewinnen“

Der Umgang mit dem allgegenwärtigen Fachkräftemangel und die Umsetzung von engfassten Gesetzesvorgaben – das sind die größten Herausforderungen, vor denen die Kita Bant I in Trägerschaft des Kita-Verbunds „Wachsen und Werden“ des Ev.-luth. Kirchenkreises Friesland-Wilhelmshaven steht.

Gemeinsam mit Rüdiger Schaarschmidt, Geschäftsführer von „Wachsen und Werden“, besuchte die CDU-Landtagsabgeordnete Katharina Jensen jetzt die Einrichtung in ihrem Patenwahlkreis Wilhelmshaven. „Wir sind eine große bunte Einrichtung mit vielen Kulturen, daher spielen Integration

und Migration in unserem Berufsalltag eine entscheidende Rolle“, berichtet Einrichtungsleiterin Freia Bergenthum.

Mit der großen ersten Flüchtlingswelle 2017 veränderte sich auch die Arbeit in der Wilhelmshavener Südstadt. „Da kamen Kinder mit Fluchterfahrung und einer großen Sprachbarriere in ein fremdes Land“, sagt Bergenthum. Zu Beginn sei das besonders herausfordernd gewesen, aber auch jetzt noch sei es nicht leicht, Deutsch als Zweitsprache an

die Kinder zu vermitteln und sie so fit für die Schule zu machen. „Dabei haben wir als Einrichtung viel zu bieten, wir haben Krippen- und Integrationsgruppen, wir haben speziell ausgebildete und engagierte Kolleginnen und Kollegen, die mit tollen Materialien arbeiten, dazu unser wunderschönes Außengelände in einem denkmalgeschützten Gebäude“, sagt sie. Seit dem Bau im 19. Jahrhundert werden hier Kinder untergebracht und gefördert, es handelt sich um den drittältesten Kindergarten in Niedersachsen.



Die Arbeit in Kindertageseinrichtungen wie Bant I hat sich in den vergangenen 25 Jahren allerdings stark verändert: „Die Kinder kommen mit ganz anderen Herausforderungen und Entwicklungsständen in unsere Einrichtung als früher“, sagt Bergenthum. Da seien zwei Fachkräfte für eine Regelgruppe mit 25 Kindern schon sehr eng bemessen. „Das ist eigentlich nicht mehr zeitgemäß“, betont sie. „Hätten wir nicht vier Zusatzkräfte über die Richtlinie ‚Qualität in Kitas‘, dann wäre das nicht umsetzbar.“

Auch das neue Niedersächsische Gesetz über Kindertagesstätten und Kindertagespflege (NKiTaG), das 2021 in Kraft getreten ist, hat nicht nur Vorteile gebracht. Zwar betonen Schaarschmidt und Bergenthum, dass der Ansatz der Qualitätsverbesserung richtig sei, dennoch führen die teils sehr eng gefassten Vorgaben in der Praxis zu Problemen. Unter anderem zu ungewollten Gruppenschließungen, durch die Vorgabe, dass eine Gruppe grundsätzlich von mindestens einer Erzieherin betreut werden muss. Ist die nicht verfügbar, muss die Gruppe geschlossen werden, auch wenn Sozialassistentinnen zur Verfügung gestanden hätten. Ein Schritt, der Freia Bergenthum jedes Mal Sorgenfalten auf die Stirn treibt, weiß sie doch, wie unverzichtbar die Betreuung in vielen Familien inzwischen geworden ist. Dabei gehören die Eltern, die einen Platz ergattert haben, noch zu den Bessergestellten, denn trotz Rechtsanspruchs auf einen Kindergartenplatz, sind die nicht in ausreichender Zahl vorhanden. „Die Verzweiflung bei den Eltern, die ich ablehnen muss, ist oft sehr groß, aber ich habe keine Wahl“, sagt Bergenthum.

Schaarschmidt und Bergenthum sehen die Politik in der Pflicht: „Um dem Fachkräftemangel zu begegnen, müsste der Beruf mehr Wertschätzung erfahren, zudem müsste die Ausbildung zwingend vergütet werden. Vier Jahre Ausbildungszeit ohne Einkommen ist unattraktiv“, sagen beide. Zusätzlich müsste es Fachkräften, die schon lange im Kindergarten arbeiten, leichter gemacht werden, ihren Erzieher zu bekommen. „Wer zum Beispiel Kinderpflegerin ist, wird nur zum Teil anerkannt und müsste noch eine dreijährige Ausbildung bis zur Erzieherin durchlaufen, egal, wie lange die Person bereits Praxiserfahrungen im Kindergarten gesammelt hat. An den Schultagen fehlen dann übrigens alle im Betrieb, die sich jetzt noch weiterbilden, das muss auch wieder abgedeckt werden“, sagt Bergenthum. „Auch Abschlüsse, die im Ausland erlangt wurden, müssten einfacher anerkannt werden. Oft muss auch hier die komplette Ausbildung in Deutschland erneut absolviert werden“, sagt Schaarschmidt.

Auch aus Sicht von Katharina Jensen wäre es wünschenswert, wenn sich die Menschen, die in diesem pädagogischen Bereich bereits jahrelange Berufserfahrung haben, noch sehr viel einfacher und berufsbegleitend nachqualifizieren könnten, um entsprechende Aufgaben zu übernehmen. „Denn die, die da sind, die müssen wir unbedingt halten, wir können es uns schlicht nicht leisten, jemanden zu verlieren“, betont sie.

Zum Hintergrund: Kita-Verbund des Kirchenkreises Friesland-Wilhelmshaven „Wachsen und Werden“

Zum 1. Januar 2023 hat der evangelisch-lutherische Kirchenkreis den Trägerverbund „Wachsen und Werden – Bilden und Begleiten am Meer“ gegründet. Das neue Gebilde besteht aus zwei Fachbereichen: Eine Säule des neuen Trägerverbunds ist die Ev. Familienbildungsstätte, die andere Säule besteht aus den evangelischen Kindertagesstätten.

Insgesamt 15 Einrichtungen gibt es davon im Kirchenkreis: zehn in der Stadt Wilhelmshaven und fünf im Landkreis Friesland. Die Stadt Wilhelmshaven betreibt keine kommunalen Kindertagesstätten, der Trägerverbund „Wachsen und Werden“ ist mit 900 Plätzen in seinen zehn Einrichtungen und gut 50 Prozent Marktanteil der größte Anbieter von Kinderbetreuung in Wilhelmshaven.

25. Mai 2023

„Der Ärztemangel darf sich nicht weiter verschärfen, deswegen muss der Ausbau der Medizinstudienplätze in Niedersachsen weiter vorangetrieben werden“

Ewig lange Wartezeiten für einen Termin beim Facharzt, überfüllte Notaufnahmen und Menschen, die in ihrer Verzweiflung in die Notaufnahmen kommen, weil sie keinen Termin mehr bei einem Arzt in der Nähe finden können: Der Ärztemangel macht sich auch in Friesland und Wilhelmshaven bereits jetzt bemerkbar. „Besonders deutlich zeigt sich das im Moment bei einem Mangel an niedergelassenen Kinderärzten“, sagt die CDU-Landtagsabgeordnete Katharina Jensen aus dem Wangerland. „Erst kürzlich sind in der Aprilausgabe des Niedersächsischen Ärzteblattes zwei volle Kinderarztsitze für den Bereich Wilhelmshaven/Friesland erneut ausgeschrieben worden, nachdem sie zuvor, teils wiederholt, nicht besetzt werden konnten“, sagt Jensen. Die Suche nach Kinderärzten zieht sich inzwischen über eine längere Zeitspanne, wann die Stellen besetzt werden können, ist völlig ungewiss.

Die Folgen: Eltern berichten von ihrer oftmals vergeblichen Suche nach einem Kinderarzt, in vielen Praxen herrscht Aufnahmestopp. Und das, obwohl die Region laut Bedarfsplan der Kassenärztlichen Vereinigung Niedersachsen (KVN) mit 133,7 Prozent überversorgt ist. Realität und Statistik klaffen aber weit auseinander. „Dieser Zustand darf sich nicht weiterverschlechtern und deswegen ist es dringend notwendig, den Ausbau der Medizinstudienplätze in Niedersachsen weiter voranzutreiben“, betont Jensen. Um dem Ärztemangel entgegenzuwirken, muss Rot-Grün noch in dieser Legislaturperiode mindestens 200 zusätzliche Studienplätze in der Human- und 50 in der Zahnmedizin schaffen. Die CDU-Fraktion brachte deswegen einen umfassenden Entschließungsantrag in den Landtag ein, mit dem dieses Ziel noch in dieser Legislaturperiode erreicht werden kann. „Die European Medical School (EMS) in Oldenburg soll dabei um 100 zusätzliche Studienplätze für Humanmedizin aufgestockt und der Campus entsprechend ausgebaut werden“, so Jensen. Zum Wintersemester 2029/2030 könnten so 250 Medizinstudienplätze in Oldenburg zur Verfügung stehen.

Um beim Ausbau der Medizinstudienplätze keine Zeit zu verlieren, beantragte die CDU-Fraktion zudem in den aktuellen Nachtragshaushalt 25,06 Millionen Euro einzustellen, damit die Universitäten mit den Planungen für die notwendigen Neu- und Umbauten sofort beginnen können.

Außerdem soll es für angehende Medizinerinnen und Mediziner attraktiver gemacht werden, sich im ländlichen Raum anzusiedeln. „Deshalb fordert die CDU-Fraktion ein neues Landesförderprogramm, um Ärztinnen und Ärzte beim Schritt in die Selbstständigkeit mit eigener Praxis zu unterstützen. Flankierend sollte das Land eine Imagekampagne starten, die die Attraktivität des Berufes deutlich herausstellt“, erklärt Jensen.

Zudem fordert die CDU-Fraktion, dass das Land sich beim Bund dafür einsetzen soll, die Approbationsordnung für Ärztinnen und Ärzte jetzt zügig zu ändern, um die Allgemeinmedizin im Studiengang Humanmedizin zu stärken.

5. Mai 2023

„Unsere Küstenfischer brauchen jetzt alle Unterstützung, die sie bekommen können“

Mit einem Entschließungsantrag zur Küstenfischerei fordert die CDU-Fraktion im Niedersächsischen Landtag die Landesregierung auf, sich auf nationaler und europäischer Ebene gegen pauschale Verbote und für eine differenziertere Bewertung verschiedener Formen der mobilen Grundfischerei einzusetzen. „Unsere Küstenfischer brauchen jetzt alle Unterstützung, die sie bekommen können“, betont die CDU-Landtagsabgeordnete Katharina Jensen aus dem Wangerland, die auch Mitglied im Agrarausschuss ist.

„Der Druck, der bisher aufgebaut wurde, scheint bereits Wirkung zu zeigen. Dennoch ist es nötig, jetzt nicht nachzulassen, denn bis jetzt ist nichts entschieden“, sagt sie. Die Nachricht, dass nach Plänen der EU-Kommission Fischern an der Nordseeküste bereits ab 2024 verboten werden soll, so genannte „grundberührende Fischerei“ auszuüben, schlug hohe Wellen und führte zu massiven Protesten seitens der Küstenfischer an der Nordsee. Inzwischen hat Virginijus Sinkevičius, EU-Kommissar für Umwelt, Meere und Fischerei, in seiner Antwort Anfang April auf ein Schreiben der Abgeordneten der Europäischen Volkspartei David McAllister, Jens Giesecke und Niclas Herbst die kulturelle Bedeutung der Küstenfischerei sowie ihre Bemühungen um eine ökologisch nachhaltige Fischerei anerkannt. Er hat zugleich zugesichert, dass die Europäische Kommission „für März 2024 kein pauschales Verbot von Grundschieppnetzen in Meeresschutzgebieten“ plant.

Aus Sicht von Katharina Jensen und ihrer Landtagsfraktion muss die rot-grüne niedersächsische Landesregierung auf nationaler und europäischer Ebene dafür werben, dass die Küstenfischerei in ihrer bisherigen Form erlaubt bleibt, sofern Forschungsergebnisse zeigen, dass von ihr nur geringe Auswirkungen auf den Zustand der Meeresökosysteme ausgehen, oder – falls dies nicht der Fall sein sollte – zumindest so lange praktiziert werden kann, bis innovative, schonendere Formen der Fischerei entwickelt und zur Praxisreife gebracht worden sind.

„Bei uns an der Nordseeküste herrscht Konsens, dass die Küstenfischerei grundsätzlich erhalten bleiben muss und keinen EU-Verboten zum Opfer fallen darf“, betont Jensen. Das zeige auch eine kürzlich auf den Weg gebrachte Resolution des Kreis Ausschusses des Landkreises Friesland, in der sich die Mitglieder deutlich hinter die Küstenfischer stellen. Sie fordern unter anderem, dass die EU-Kommission begreifen müsse, dass die Küstenfischerei ein unverzichtbarer Bestandteil der Landeskultur in der Küstenregion sei.

Zum Hintergrund:

Die Krabben- und Muschelfischerei (kurz: Küstenfischerei) hat an der deutschen Nordseeküste eine lange Tradition. Garnelen etwa werden seit dem 17. Jahrhundert im deutschen Wattenmeer gefangen. In ihrer heute bekannten Form existiert die Küstenfischerei etwa seit Mitte des 19. Jahrhunderts. Sie ist damit im Nordseeraum einer der ältesten Zweige der Fischerei mit einer großen kulturellen und wirtschaftlichen Bedeutung, nicht zuletzt aufgrund ihrer engen Verknüpfung mit dem Tourismus. Nach Angaben des Niedersächsischen Ministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz gingen 2020 noch rund 100 Krabbenkutter von Niedersachsen aus auf Fangfahrt. Mehr als 50 Prozent der Umsätze der niedersächsischen Küstenfischerei werden im Nationalpark Niedersächsisches Wattenmeer erzielt. Die Küsten-, namentlich die Krabbenfischerei in der Nordsee wird mit Hilfe leichter Baumkurren ohne Scheuchketten durchgeführt.

28. April 2023

„Nährstoffbericht zeigt insgesamt eine sehr positive Entwicklung“

Der Gülleeinsatz in der Landwirtschaft ist abermals deutlich gesunken, auch Nährstoffüberschüsse sind seit längerer Zeit nicht vorhanden, es ist eher teils von einer Unterversorgung auszugehen. Auch die Tierbestände in Niedersachsen gehen weiter zurück: Rinderbestände haben sich im Berichtszeitraum 2021/22 um 38.819 Tiere (davon allein 15.780 Milchkühe) und die Schweinebestände um 64.511 Tiere (davon allein 17.339 Zuchtsauen) verringert. Eine Erhöhung gibt es nur im Geflügelbestand um rund 1,7 Mio. Tiere. „Insgesamt weniger Tiere bedeuten aber weniger organischen Wirtschaftsdünger“, sagt Katharina Jensen aus dem Wangerland, CDU-Landtagsabgeordnete und Mitglied im Agrarausschuss. Dieser verringerte sich um rund 0,7 Mio. Tonnen weniger auf eine Menge von 44,2 Mio. Tonnen Gülle, Festmiste und Geflügelkot. „Nicht nur die Menge des Gülleeinsatzes ist gesunken, auch der Einsatz von Mineraldüngern ist zurückgegangen, unter anderem auch durch den Krieg in der Ukraine, denn Mineraldünger hat sich verteuert und war schwer zu beziehen. Der Nährstoffbericht der Landwirtschaftskammer Niedersachsen, der in dieser Woche durch das Landwirtschaftsministerium vorgestellt wurde, zeigt dennoch insgesamt eine sehr positive Entwicklung, die sich nicht wegdiskutieren lässt“, betont Jensen.

Dass die Menge an eingesetztem Mineraldünger deutlich zurückgegangen ist, belegen die Zahlen im Bericht: Der Stickstoff-Düngesaldo, also ein Wert für den der berechnete Bedarf und die tatsächliche Düngung gegenübergestellt werden, auf das ganze Land bezogen mit -16.219 Tonnen Stickstoff (im vorigen Berichtszeitraum -3.655 Tonnen Stickstoff) ist nochmals deutlich gesunken und weiterhin unterhalb der rechtlich zulässigen Stickstoff-Düngung gemäß der Düngeverordnung (DüV). „In Friesland und der Wesermarsch liegen die Werte hierfür sogar im sehr grünen Bereich“, so Jensen. Daher sei es unverständlich, dass das grüne Landwirtschaftsministerium offenbar nicht geneigt sei, Restriktionen in der Landwirtschaft zu lösen. „Stattdessen wird nun die Phosphatausbringung mit organischen Düngern zum Problem gemacht, obwohl der Überschuss auf das ganze Land gerechnet von aktuell rund 19.946 Tonnen Phosphat der organisch aufgebrauchten Mengen sowie der mineralischen Mengen um rund 2.684 Tonnen geringer ausgefallen ist als im vorherigen Berichtszeitraum“, sagt Jensen.

Deswegen fordert sie die Landesregierung auf, jetzt konkrete Erleichterungen im Düngerecht für die Landwirte zu ermöglichen, die auch angesichts von Krieg und Krise einen erheblichen Beitrag zur Ernährungssicherheit in Deutschland leisten.

„Die neue Nationale Hafenstrategie muss zügig erarbeitet werden“

In einer gemeinsam verabschiedeten Resolution haben die hafenpolitischen Sprecher der CDU-Fraktionen Norddeutschlands den Bund aufgefordert, sich erheblich stärker für die Infrastruktur der deutschen Seehäfen zu engagieren. „Als Mitglied im niedersächsischen Ausschuss für Häfen und Schifffahrt mit dem Jade-Weser-Port als Deutschlands einzigem Tiefwasserhafen vor der Haustür kann ich diese Forderung nur unterstützen“, betont die CDU-Landtagsabgeordnete Katharina Jensen aus dem Wangerland.

„Die Seehäfen in Norddeutschland sind von nationaler Bedeutung. Wir schlagen als eines der führenden Export-Länder weltweit über den Seeweg insbesondere an Drittstaaten mehr Güter und Waren um als auf der Schiene, der Straße oder im Luftverkehr. Im Rahmen der Energiewende kommen weitere Aufgaben hinzu, in Wilhelmshaven befindet sich das bisher einzige im Regelbetrieb laufende schwimmende LNG-Terminal Deutschlands“, so Jensen. Erst kürzlich sei die Elektrifizierung der Bahnstrecke Wilhelmshaven-Oldenburg nach mehr als zehn Jahren Bauzeit fertiggestellt worden. Der Jade-Weser-Port hat eine eigene Hafenbahn, die GVZ und Terminals mit dem Hinterland verbindet.

Nun müsse die neue Nationale Hafenstrategie zügig erarbeitet werden, um nicht hinter Ländern wie Belgien, den Niederlanden und inzwischen auch Spanien zurückzufallen, denn vor allem die Häfen in den Niederlanden und Belgien haben Deutschland in den vergangenen 15 Jahren bereits teils erhebliche Marktanteile abgenommen. Die Hafenexperten der CDU-Landtagsfraktionen aus Schleswig-Holstein, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Bremen fordern vor diesem Hintergrund ein stärkeres nationales Engagement zur Beseitigung des hohen Investitionsstaus in den Häfen.

„Verhandlungsziel der Küstenländer gegenüber dem Bund sollte erstens ein Betrag von 500 Millionen Euro jährlich sowie eine regelmäßige Überprüfung und bei Bedarf auch Anpassung dieses Betrags sein. Zweitens müssten die prioritären Verkehrsprojekte in Norddeutschland im Bundesverkehrswegeplan zügig umgesetzt werden, um die Häfen auch über ihre Hinterlandbindungen konkurrenzfähig zu halten. Drittens müssten Koordination und Kooperation zwischen den Hafenstandorten und -gesellschaften mit Unterstützung des Bundes ausgebaut werden. Und viertens müssten die deutschen Seehäfen steuerlich wettbewerbsfähig bleiben. Deshalb drängen wir Christdemokraten auf eine schnelle, endgültige Reform der Einfuhrumsatzsteuer hin zu einem Verrechnungsmodell“, sagt Hartmut Moorkamp, hafenpolitischer Sprecher der niedersächsischen CDU-Fraktion.

27. März 2023

Katharina Jensen MdL und Anne Janssen MdB zu den Plänen der EU-Kommission zum Verbot der „grundberührenden Fischerei“

Nach Plänen der EU-Kommission soll Fischern an der Nordseeküste bereits ab 2024 verboten werden, so genannte „grundberührende Fischerei“ auszuüben. „Das würde das Aus der Küstenfischerei bedeuten, so wie sie vor unseren Küsten seit Jahrhunderten praktiziert wird“, betont die CDU-Landtagsabgeordnete Katharina Jensen aus dem Wangerland.

Die Küstenfischer müssen um ihre Existenz bangen und für die Menschen in den Küstenregionen könnte es weitere weitreichende Folgen geben, kritisiert sie. „Deswegen habe ich für diesen Vorstoß seitens der EU keinerlei Verständnis und werde alles tun, was mir möglich ist, um das abzuwenden.“

Einen Appell richtet sie an die Niedersächsische Ministerin für Landwirtschaft Miriam Staudte, die am Donnerstag in Neuuharlingersiel bei den Küstenfishern zu Gast war: „Stellen Sie sich hinter die Küstenfischer und tun Sie es damit den Agrarministern aus Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern gleich“, fordert sie.

Auch die CDU-Bundestagsabgeordnete Anne Janssen aus Wittmund fordert die Bundesregierung zum dringenden Handeln auf: „Jetzt muss unbedingt ein starkes Signal von unserem Agrarminister Cem Özdemir aus Berlin kommen, er muss sich für den Erhalt der Küstenfischerei auf EU-Ebene einsetzen. Die Bundesregierung ist der Küstenfischerei eine klare Positionierung schuldig, dem ist die Ampel-Koalition noch nicht nachgekommen, weil sie dazu vermutlich noch uneinig sind. Ich sehe daher auch die SPD in der Verantwortung, ihre Regierungsbeteiligung in Niedersachsen und im Bund dafür zu nutzen, sich für den Erhalt der Küstenfischerei einzusetzen. Nur so kann es gelingen, dass auch nach 2024 noch Krabben- und Muschelfischerei im Wattenmeer möglich ist“, betont sie.

Es sei auch sehr seltsam, wie die EU-Kommission diesmal vorgegangen ist, normalerweise wird die Gemeinsame Fischereipolitik (GFP) in der EU alle zehn Jahre gemeinsam mit Ministerrat und EU-Parlament überarbeitet, diesmal ist darauf verzichtet worden, kritisiert Katharina Jensen. Stattdessen gibt es einen Aktionsplan, der die Mitgliedsstaaten zum sofortigen Handeln auffordert.

„In dem Aktionsplan werden alle Grundschleppnetze gleichermaßen als schädlich eingestuft. Bis 2030 sollen sie dann sogar aus allen marinen Schutzgebieten verbannt werden, 2024 bereits aus den Natura-2000-Gebieten, also aus den Wattenmeer-Nationalparks“, sagt Jensen. „Das geht völlig an der Realität vorbei, denn unsere Krabben- und Muschelfischer nehmen schon jetzt große Rücksicht auf ihre Fanggebiete“, betont sie. „Die Küstenfischer arbeiten selbst hart daran, ihren Einfluss auf das Ökosystem Meer zu minimieren, das kann sich hier jeder selbst ansehen, den es interessiert“, sagt sie. „Die Forderungen nach einer nachhaltigen Fischerei sind mit der MSC-Zertifizierung in großen Teilen bereits erfüllt und es gibt keine Studie, die belegt, dass ein Verbot der Küstenfischerei zu einer signifikanten Verbesserung der Lebensräume führt. Dagegen gibt es Studien, die belegen, dass die Form der grundberührenden Fischerei, wie sie hier praktiziert wird, zu keinen nachweisbaren Schäden auf Sandböden führt.“

Zum Hintergrund:

An der deutschen Nordseeküste ist weit mehr als die Hälfte der Fläche innerhalb des Küstenmeeres (12 sm) als Natura-2000-Gebiet ausgewiesen – inklusive der drei Nationalparks. Nach einer Analyse des WWF (2016) findet die Krabbenfischerei zu fast 70 Prozent allein in den drei Wattenmeer-Nationalparks statt. Die Muschelfischerei arbeitet nahezu ausschließlich in Nationalparks, wobei von ihr jährlich aber weniger als 1 Prozent der jeweiligen Nationalparkfläche genutzt wird.

Die Hauptzielarten der niedersächsischen Küstenfischerei (Nordseekrabben und Miesmuscheln) kommen nur in den Küstengebieten (bis ca. 20 Meter Wassertiefe) in befischbaren Dichten vor. Ausweichmöglichkeiten sind kaum vorhanden.

„Ministerin Hamburg muss endlich aus ihrem Dornröschenschlaf erwachen!“

Ab dem Schuljahr 2026/2027 besteht für Grundschulkindern der Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung. Für Niedersachsen stellt der Bund dazu bis 2027 ca. 300 Millionen Euro zur Verfügung. Damit das Geld allerdings abgerufen werden kann, muss seitens des Landes ein 30-prozentiger Eigenanteil organisiert werden. Im geplanten Nachtragshaushalt wurde von der grünen Kultusministerin Julia Willie Hamburg kein einziger Euro eingestellt, womit klar wird, dass im Jahr 2023 keine Ganztagsförderung mehr erfolgen kann.



Auf den Brandbrief des niedersächsischen Städte- und Gemeindebundes, indem auch die Gemeinde Jade Mitglied ist, gab es aus dem Ministerium lediglich wolkige Beschwichtigungen. Was das für ländliche Kommunen bedeutet, davon konnte sich die CDU-Landtagsabgeordnete Katharina Jensen gemeinsam mit dem bildungspolitischen Sprecher der CDU-Landtagsfraktion Christian Fühner aus Lingen in der Deichschule in Schweiburg überzeugen.

Die kleine Schule ist mit ihren 66 Schülerinnen und Schülern und sechs Lehrkräften modern aufgestellt, in den Bereichen Digitalisierung und Inklusion ist sie als Hospitationsschule stark gefragt. Schulleiter Philipp Gärtner möchte sich auch für den Ganztag auf den Weg machen, dazu bedarf es aber einer Mensa und zusätzlicher Räume: „Die Schule ist in die Jahre gekommen, ein Umbau im Bestand wäre teurer als ein Neubau. Eigentlich wollten wir zum nächsten Schuljahr mit dem Ganztag beginnen, aber solange die Finanzierung nicht geklärt ist, hängen wir in der Luft.“

Bürgermeister Henning Kaars verdeutlichte das Problem: „Um unsere beiden Grundschulen fit für den Ganztag zu machen, rechnen wir mit einer Investition von mindestens 8 Millionen Euro. Das können wir als strukturschwache Kommune nicht alleine stemmen. Wann können wir endlich mit einer Förderrichtlinie rechnen? Die Konzepte liegen fertig in der Schublade, aber wir kommen einfach nicht weiter.“ Zu oft komme es vor, dass Bund oder Land die Musik bestellen und Jade als kleine Kommune müsse bezahlen, so Kaars weiter.

Christian Fühner versprach, die Ministerin nicht aus der Verantwortung zu lassen. „Bei den Sprach-Kitas haben wir erreicht, dass das Programm fortgesetzt wird, bei der Ganztagschule werden wir auch nicht lockerlassen. Eine erste Anhörung hat auf Antrag der CDU im Ausschuss an diesem Freitag bereits stattgefunden. „Leider wurde dort deutlich, dass die grüne Ministerin mit ihrem Ministerium auf Zeit spielt. Es gibt keinen zeitlichen Fahrplan und die Kommunen bleiben weiter mit großer Unsicherheit alleine“, fasst Fühner die aktuellen Erkenntnisse zusammen.

Katharina Jensen befürchtet, dass die Ministerin daraufsetzt, dass die Kofinanzierung von den Kommunen geleistet wird. „Das werden wir nicht akzeptieren.“ Falls die Förderrichtlinie erst ab 2024 aktiviert würde, müsse zumindest geregelt werden, dass ein vorgezogener Maßnahmenbeginn unschädlich für die Förderung ist. „Ansonsten ist der Termin 1. August 2026 nicht zu schaffen.“

Die friesische CDU-Kreisvorsitzende Christel Bartelmei, die mit dem Vorsitzenden der CDU Jade, Knut Brammer, ebenfalls an dem Termin teilnahm, berichtete von ihren Gesprächen zum Ganztage in Friesland. Sie wies darauf hin, dass sowohl bei der Förderrichtlinie als auch bei späteren Betriebskostenzuschüssen regionale Besonderheiten zu berücksichtigen seien. So müsse es weiterhin möglich sein, Vereine einzubinden und es dürften nicht nur Menschen, sondern auch veränderte Raumkonzepte gefördert werden. „Wir müssen mehr Vertrauen in die Arbeit vor Ort haben, keine unnötigen bürokratischen Hürden aufbauen und ausreichend lange Fristen zur Realisierung der Umbaumaßnahmen einplanen.“

Katharina Jensen zeigte komplettes Unverständnis, dass die wichtigen Schul-Investitionen für Jade weiterhin ausgebremst werden: „Ministerin Hamburg muss endlich aus ihrem Dornröschenschlaf erwachen!“

15. März 2023

Feuerwehr-Einsätze im Wattenmeer: Wer ist zuständig?

Immer wieder kommt es vor, dass Menschen aus dem Watt vor den Stränden des Wangerlands gerettet werden müssen. Dabei sind es die Einsatzkräfte der Freiwilligen Feuerwehren im Wangerland, die dann als erste tätig werden. Sie befreien die Menschen aus dem Schlick und sorgen dafür, dass sie wieder sicher an Land kommen können. Oftmals gemeinsam mit anderen Hilfs- und Rettungsorganisationen.



„Dabei ist aber oft nicht klar, wo die Zuständigkeiten für die Freiwilligen Feuerwehrleute enden, wie es mit dem Versicherungsschutz aussieht und wer Kostenträger für Ausrüstung und Einsätze ist“, sagt die CDU-Landtagsabgeordnete Katharina Jensen aus dem Wangerland. Deswegen hat sie eine entsprechende Kleine Anfrage an die Landesregierung gestellt, die nun beantwortet wurde.

Laut Innenministerium grenzt das Gemeindegebiet vom Festland aus an die mittlere Tidehochwasserlinie (MThw-L). Bei dem Wattbereich seewärts der mittleren Tidehochwasserlinie handelt es sich dagegen regelmäßig um sogenanntes ursprüngliches gemeindefreies Gebiet, da dieser Bereich in der Regel zu keiner Zeit durch Hoheitsakt mit einer Grenzbestimmung dem Gebiet einer Gemeinde zugewiesen oder zum gemeindefreien Gebiet erklärt worden ist.

Die Abgeordnete Jensen ordnet diesen Sachverhalt so ein: „Dieser Umstand bedeutet für die Gemeinde- und Kreisfeuerwehren in Friesland, dass sie im Bereich der Nordsee seewärts im Wattbereich für das Gebiet zwischen der mittleren Tidehochwasserlinie und der 12-Meilen-Zone nicht zuständig sind, es sei denn, dass das Gebiet einer bestimmten Gemeinde zugewiesen wurde. In diesem Bereich ist nach dem Niedersächsischen Brandschutzgesetz daher das Land für den abwehrenden Brandschutz und die Hilfeleistung zuständig. Das betrifft auch ganz praktisch Kosten-

und Versicherungsfragen bei Einsätzen in diesem Gebiet“, so Jensen. Die Einsatzleitung in diesen gemeindefreien Gebieten kann zudem nach § 23 Abs. 4 des niedersächsischen Brandschutzgesetzes von den dort genannten Stellen bestimmt werden.

2. März 2023

„Unsere Feuerwehren brauchen Unterstützung!“

Die Freiwilligen Feuerwehren in Friesland und Jade haben einen zentralen Stellenwert in den Kommunen. Sie löschen Brände, sind Teil des Katastrophenschutzes der Landkreise und kommen, wenn technische Hilfe benötigt wird. Sie helfen bei Verkehrsunfällen und öffnen Türen – kurz: sie retten Leben! „Damit das alles aber gelingen kann, brauchen die Kameradinnen und Kameraden eine entsprechende Ausbildung“, betont die CDU-Landtagsabgeordnete Katharina Jensen aus dem Wangerland. Und genau deswegen schlagen die Gemeinde- und Kreisfeuerwehren nun Alarm, denn es fehlen existenzielle Lehrgänge an den Feuerwehrakademien in Niedersachsen. Daher hat die CDU-Fraktion des Niedersächsischen Landtags die Ausbildungssituation bei den Feuerwehren heute als dringliche Anfrage ins Plenum eingebracht.

„Die Antworten der verantwortlichen Innenministerin Daniela Behrens, der das zuständige Landesamt für Brand- und Katastrophenschutz (NLBK) unterstellt ist, waren ernüchternd“, sagt Jensen. „Mehr Digitalisierung, mehr Ausbilder – woher auch immer die kommen sollen – und am liebsten die Verlagerung eines der wichtigsten Führungslehrgänge, des Truppführers, in die Fläche“, fasst Jensen zusammen. „Vor allem mit Blick auf den Truppführer finde ich den Vorschlag fatal, denn der bindet in den Akademien mit gut 30 Prozent aller Lehrgänge die meisten Kapazitäten“, so Jensen. „Und diese Ausbildung sollen dann künftig unsere Ehrenamtlichen in den Kommunen übernehmen?“, kritisiert sie. „Das ist realitätsfern, da hilft es auch nicht, dass das Land eine Kostenübernahme in Aussicht gestellt hat.“ Indes werden die Aufgaben der Freiwilligen Feuerwehren in Friesland immer komplexer – „immerhin soll es eine Ausbildung in Wilhelmshaven geben, für das Löschen von Bränden am LNG-Terminal, aber wann, für wen genau und in welchem Umfang, dazu gab es heute keine Aussagen der rot-grünen Landesregierung.“

„In diesem Jahr hat die Kreisfeuerwehr Friesland so wenig Lehrgänge bekommen wie noch nie“, kritisiert Jensen. „Für das Jahr 2023 hat der Kreis einen Bedarf von insgesamt 339 Feuerwehrlehrgängen angemeldet, lediglich 74 konnten vom NLBK zugeteilt werden. Die Auswirkungen der fehlenden Lehrgänge sind perspektivisch katastrophal. Fehlende Ausbildung gefährdet die Einsatzfähigkeit der Wehren“, so Jensen.

1. März 2023

„Aktives Wolfsmanagement ist erforderlich, damit ein möglichst reibungsloses Zusammenleben von Mensch, Weide- und Raubtier gelingen kann“

Während die rot-grüne Landesregierung zum nächsten „Runden Tisch“ einlädt, um noch ein weiteres Mal über den Wolf zu sprechen, zieht GW2596, so der Name des Wolfs, eine blutige Spur durch Ostfriesland. 71 Weidetiere – fast ausschließlich Schafe – gehen auf sein Konto. Er wanderte dafür durch den Landkreis Aurich bis in den Landkreis Cloppenburg, seine DNA-Spuren identifizieren ihn eindeutig.

„Der grüne Umweltminister Christian Meyer gibt den Nutz- und Weidetierhaltern leere Versprechen und die grüne Agrarministerin Miriam Staudte schlägt den Bau von Zäunen zum Schutz der Weidetiere vor, die, wie wir hier auf dem Land wissen, in der geforderten Form und Menge unmöglich realisierbar sind. Die Wolfspopulation wächst indes im Nordwesten exponentiell“, kritisiert die CDU-Landtagsabgeordnete Katharina Jensen MdL aus dem Wangerland.

„Um das zu belegen, reicht inzwischen ein Gang vor die eigene Haustür“, sagt sie. „Denn das Friedeburger Rudel, das Friesland und Wittmund 2022 mit Rissen an Jungrindern und Sichtungen auf dem Schulweg in Cleverns in Atem hielt, ist noch da. Auch der eindeutig als Problemwolf identifizierte Rüde darf bis heute nicht erlegt werden. Die Gründe sind bekannt, das grüne Umweltministerium sitzt das Problem einfach aus“, kritisiert die Abgeordnete.

„Auch in Deutschland braucht es nun dringend ein aktives, regional differenziertes und nicht nur auf die Entnahme einzelner Problemwölfe beschränktes Wolfsmanagement“, betont Jensen. Andere europäische Länder wie Frankreich und Schweden hätten im Rahmen der Spielräume, die das europäische Artenschutzrecht schon jetzt bietet, inzwischen ein solches etabliert, damit ein möglichst reibungsloses Zusammenleben von Mensch, Weide- und Raubtier gelingen kann. „Auch für die dauerhafte Akzeptanz des Wolfs und den Erhalt und Ausbau der gesellschaftlich erwünschten Weidetierhaltung mit ihren positiven Effekten für Biodiversität und Artenvielfalt ist das zwingend erforderlich“, so Jensen. Deswegen hat die CDU-Fraktion im Niedersächsischen Landtag einen Entschließungsantrag vorbereitet, über den im Februar-Plenum in dieser Woche abgestimmt wird.

Die CDU-Fraktion Niedersachsen fordert darin, die rot-grüne Landesregierung auf, sich zur Notwendigkeit eines aktiven Wolfsmanagements zu bekennen und schnellstmöglich einen Wolfsmanagementplan für Niedersachsen vorzulegen. Zudem soll die Landesregierung sich national und auf EU-Ebene dafür einsetzen, dass der gute Erhaltungszustand des Wolfs in Niedersachsen (ggf. als Teil einer größeren Population) zügig als solcher festgestellt wird. „Außerdem fordern wir Rot-Grün auf, auf Grundlage der Abwägung der Interessen des Artenschutzes einerseits und der Interessen der öffentlichen Sicherheit, der Weidetierhaltung sowie der gesellschaftlichen Akzeptanz andererseits, eine Obergrenze der Wolfspopulation in Niedersachsen und – als Grundlage eines regional differenzierten Wolfsmanagements – in einzelnen niedersächsischen Regionen festzulegen“, so Jensen.

Zum Hintergrund:

In Niedersachsen gibt es laut der Studie der Wiener Universität für Bodenkultur von 2022, die von der niedersächsischen Landesregierung in Auftrag gegeben worden war, inzwischen 39 Rudel und vier residente Einzelwölfe. Nach Angaben der Landesjägerschaft gibt es inzwischen aber schon 44 Rudel und vier Einzelwölfe in Niedersachsen.

In 30 Rudeln konnte bislang Reproduktion nachgewiesen werden, dabei wurden mindestens 63 Welpen registriert. In zwei weiteren Rudeln wurde der Status durch den Nachweis von mind. 3 Wölfen bestätigt. Für 12 Rudel fehlt noch die diesjährige Statusbestätigung. In 4 weiteren Gebieten sind residente Einzelwölfe unterwegs. Dieses Zwischenfazit bestätigt den Wachstumstrend der vergangenen Jahre. Das berichtet die Landesjägerschaft im Rahmen ihres Wolfsmonitorings, das sie gemeinsam mit Wolfberatern im Auftrag der Niedersächsischen Landesregierung durchführt.

Seit dem Monitoringjahr 2011/2012 gibt es in Niedersachsen wieder permanentes Wolfsvorkommen, schreibt die Landesjägerschaft. Sich ausbreitende und anwachsende Populationen weisen ein exponentielles Wachstum auf. Diese Entwicklung zeichnet sich auch bei den Meldungen von Wolfsvorkommen an das niedersächsische Wolfsmonitoring ab. So ist die Anzahl von rund 130 Meldungen im Monitoringjahr 2011/2012 auf über 5000 Meldungen im Monitoringjahr 2021/2022 angestiegen.

Auch im Bereich Friesland/Wittmund ist der Wolf laut Monitoring der Landesjägerschaft sesshaft geworden. Das Friedeburger Rudel ist verzeichnet, gezählt werden in diesem Bereich zudem einige Wolfssichtungen, dabei handelt es sich um Sichtungen nach C1/C2-Kriterien, C1 entspricht dabei einem „eindeutigen Nachweis“ über unter anderem Fotofalle oder DNA, C2 ist ein „bestätigter Hinweis“ über unter anderem Risse, Lohsungen und Fährte.

14. Februar 2023

„Ein Windkraft-Turbo sieht anders aus!“

0,46 Prozent der Flächen sollen im Landkreis Friesland für Windkraft bis 2026 zur Verfügung gestellt werden. Das ist die Zahl, die Niedersachsens Umweltminister Christian Meyer (Grüne) am Montag vorgestellt hat. „Eine Zahl, die für sich genommen erstmal überhaupt nichts aussagt, denn es ist nicht klar, wie das Umweltministerium auf diese Zahl gekommen ist und wie genau dieses Flächenziel überhaupt berechnet wurde“, erklärt die CDU-Landtagsabgeordnete Katharina Jensen (Wangerland). „Auch auf Nachfrage, konnte Minister Meyer darauf bisher keine zufriedenstellende Antwort liefern“, kritisiert sie. Da reiche es auch nicht aus, auf allgemeine Kriterien wie etwa Bevölkerungsdichte, Besiedelung, Abstände, anders gebundene Flächen und Vogelschutzgebiete zu verweisen.



„Friesland hat seine Hausaufgaben längst gemacht, die Energiewende wurde in den Städten und Gemeinden fraktionsübergreifend bereits eingeläutet. Mit rund 0,8 Prozent (rund 781 Hektar) der Flächen im Kreis als Vorranggebiet Wind (rotor-out) sind die von der rot-grünen Landesregierung vorgegebenen Ausbauziele Stand heute längst übererfüllt“, so Jensen. Auch deswegen lässt das Flächenziel von 0,46 Prozent für Friesland die Windbauern eher ratlos zurück. „Sie befürchten nun, dass das ge-ringe Ausbauziel in Friesland sogar den gegenteiligen Effekt haben könnte und die Motivation der Städte und Gemeinden im Kreis weitere Flächen für Windkraft zur Verfügung zu stellen dämpft“, erläutert Jensen nach ihrem Besuch am Freitag bei den Geschäftsführern Johann Ortgies, Fritz Ortgies und Finn Harms-Janßen der Bassens-Windpark Verwaltungs-GmbH im Wangerland.

„Das darf natürlich keinesfalls passieren!“, betont sie. „Denn eins ist klar: Wir wollen und brauchen weitere Windkraftanlagen in Friesland.“ Derzeit befinden sich die Stadt Schortens und die Gemeinden Wangerland, Sande und Bockhorn im Bauleitverfahren für Ausbau von Windkraft auf weiteren Flächen. „Diese Dynamik darf sich jetzt nicht abschwächen, nur weil Friesland die Flächenziele nach Landesvorgabe bereits erreicht hat“, fordert Jensen.

Zudem sei die Festlegung der Ausbauziele nur ein erster Schritt von vielen: „Deswegen ist noch kein einziges neues Windrad gebaut“, so Jensen. Auch aus Sicht der Bassens-Windpark Verwaltungs-GmbH gibt es noch etliche Aufgaben für die rot-grüne Landesregierung, um den Windkraftausbau tatsächlich erheblich zu beschleunigen und den so viel beschworenen „Windkraft-Turbo“ zu zünden. „Dabei geht

es in erster Linie nicht um die Genehmigungsverfahren, die sind jetzt bereits zumeist in wenigen Monaten abgewickelt, sondern um die vielen Unterlagen, Studien und Untersuchungen, die die Projektierer vorher zusammenstellen und einreichen müssen, damit die Verfahren überhaupt rechtssicher ablaufen können“, so Jensen. Das sei der Punkt, an dem nun dringend angesetzt werden müsse. „Da geht es auch um Umwelt- und Artenschutz, auch hier muss sich das grüne Umweltministerium bewegen, wenn die Energiewende zeitnah gelingen soll“, so Jensen.

„Ebenso ist das Thema Netzausbau und Speichermöglichkeiten nicht zu Ende gedacht worden“, kritisiert sie. „Friesland hat Wind und davon oft zu viel, so dass die Anlagen zwischenzeitlich abgeschaltet werden müssen, weil sie nicht in die bestehenden Netze einspeisen können, ohne diese zu überlasten. Auch hier erwarten die Windbauern in Friesland schnelle und vor allem auch schnell umsetzbare Lösungen von der rot-grünen Landesregierung“, so Jensen.

14. Februar 2023

Austausch der Kreis-CDU und der Landtagsabgeordneten Katharina Jensen mit dem Fachbereich Umwelt

Gemeinsam mit Heinke Siekmann und Claus Eilers aus der CDU-Kreistagsfraktion Friesland hat die CDU-Landtagsabgeordnete Katharina Jensen jetzt Jochen Meier, Leiter des Fachbereichs Umwelt beim Landkreis Friesland, einen Besuch abgestattet. In dem jährlich stattfindenden Austausch stand vor allem der Umgang mit Wasser im Fokus. Dabei ging es unter anderem um die Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie und um die Grundwasserreserven zur Ansiedlung von Industrie.



Auch das Thema Hochwassermanagement stand auf der Agenda. Hier hat das Land Niedersachsen Förderprojekte auf den Weg gebracht, die im Land bisher aber kaum nachgefragt werden. Aus Sicht der unteren Wasserbehörde wären feste förderfreie Budgets sinnvoll, um die Nachfrage zu steigern. Auch mit Blick auf den „Niedersächsischen Weg“ gibt es aus Sicht der Behörde noch viel Luft nach oben. In der Fläche sei von der Umsetzung bisher wenig zu sehen, es gebe bisher kaum Kooperationen zwischen Landwirtschaft und Naturschutz, was auch daran liege, dass noch keine Gelder fließen um kooperative Artenschutzmaßnahmen in der Fläche umzusetzen, da Vorgaben vom Land Niedersachsen lange auf sich warten lassen.

Die Ökologischen Stationen befinden sich im Aufbau, ihre Finanzierung gestaltet sich allerdings schwierig, denn die vom Land zugesagte Vollfinanzierung erfolgt nur als Teilfinanzierung. Unter anderem werden zum Beispiel Neben- oder Personalausfallkosten nicht übernommen. Die CDU-Landtagsabgeordnete Katharina Jensen nimmt nun die Anregungen aus dem Gespräch mit nach Hannover.

„Ländlichen Wegebau wieder fördern!“

Die CDU-Landtagsabgeordnete für Friesland und Jade Katharina Jensen MdL fordert die Landesregierung dazu auf, den ländlichen Wegebau wieder förderfähig zu machen. Dazu erläuterte sie heute:

„Die Förderung des ländlichen Wegebaus war in der abgelaufenen Förderperiode PFEIL eine Maßnahme im Rahmen der ZILE-Richtlinie. Diese Richtlinie ist im Hinblick auf die neue Förderperiode KLARA geändert worden. Im Zuge dessen ist der ländliche Wegebau gestrichen worden. Die Streichung erfolgte ersatzlos, so dass eine Förderung künftig nur noch im Rahmen von Flurbereinigungsverfahren möglich ist. Das ist für unsere Gemeinden ernüchternd und praktisch wertlos. In meinen Antrittsgesprächen bei den Landräten und Bürgermeistern in Friesland und Jade habe ich unisono von den Hauptverwaltungsbeamten mitgenommen, dass sie hierüber sehr enttäuscht sind. Das darf so nicht bleiben“, so die Abgeordnete heute. Mit der Förderung des ländlichen Wegebaus wurde bisher die Erneuerung bzw. der Ausbau von Wegen zur Erschließung land- und forstwirtschaftlicher Flächen einschließlich erforderlicher Brücken und Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen des Naturschutzes unterstützt. Die Förderung hatte aber auch Bedeutung für die Modernisierung von Rad- und Verkehrswegen, so Jensen weiter: „Modern ausgebaute Feldwege sind nicht nur enorm wichtig für die Landwirtschaft, sondern haben auch sehr häufig eine hohe Bedeutung für Freizeit und Tourismus, beispielsweise Radwege. Daher bin ich verärgert darüber, dass die Förderung ersatzlos weggefallen ist. Ich fordere die Landesregierung auf, den ländlichen Wegebau schnellstens wieder förderfähig zu machen. Hierfür werde ich mich einsetzen“, so Jensen abschließend.

18. Januar 2023

Großer Wohlstandsverlust für unsere Region!

Gemeinsam mit Silvia Breher leitet die friesische Landtagsabgeordnete Katharina Jensen den Landesfachbereich Landwirtschaft, Ländlicher Raum und Umwelt der CDU im Landesverband Oldenburg. Die jetzt von Gesetzgebung und Wissenschaft geforderte Transformation der Moorlandschaften von der trockenen zur nassen Nutzung betrifft insbesondere die niedersächsische Küstenregion. Zu den möglichen Auswirkungen hat sich der Landesfachbereich beim Grünlandzentrum in Ovelgönne informiert.

Gemeinsam mit Landvolk-Geschäftsführer Manfred Ostendorf, dem Geschäftsführer des Grünlandzentrums Dr. Arno Krause und Franz Jansen-Minßen diskutierten die Teilnehmer die geplanten Maßnahmen und ihre Auswirkungen.



Manfred Ostendorf befürchtet große Verwerfungen: „Die Wiedervernässung der Moorflächen ist für unsere Region in ihren Auswirkungen vergleichbar mit dem Kohleausstieg im Ruhrgebiet. Ein Drittel der Milchkühe der Region steht auf landwirtschaftlich genutztem Moorgrünland, bei der Ammerland-Molkerei sind sogar 50 % der Michkühe betroffen. „Bei den geplanten Maßnahmen zur Wiedervernässung ist eine Weidetierhaltung nicht vorgesehen.“

In aller Munde sind als alternative Nutzung sogenannte Paludikulturen, für Dr. Arno Krause keine wirkliche Alternative: „Es handelt sich um Sumpfpflanzen wie Elefantengras oder Rohrkolben. Bisher gibt es nur Nischenmärkte für diese Produkte. Teilweise sind die klimaschädlichen Emissionen sogar höher als bei der Weidehaltung auf Grünland.“ Er sorgt sich auch um den Verlust an Biodiversität bei der Vernässung biologisch hochwertiger Grünlandflächen. „Der Prozess wäre unumkehrbar.“

Wie sind die finanziellen Auswirkungen zu bewerten? Das stellte Franz Jansen-Minßen in seinem Faktencheck für die niedersächsischen Küstenregionen sehr anschaulich dar.

Betroffen sind bis zu 208.000 ha Fläche. Der direkte Verlust für die regionale Wirtschaft beträgt je nach Ausführung der Maßnahmen zwischen 583,1 Mio. € und 1 Mrd. € pro Jahr, es droht der Verlust von 30.115 und 54.052 Arbeitsplätzen. Der Vermögensverlust durch Abwertung der Flächen beträgt zwischen 2,3 und 2,8 Mrd. €.

Dies geschieht nicht schleichend, bereits 2030 soll das erste Zwischenziel erreicht werden, bis 2045 sollen die gesetzlichen Maßnahmen zur Wiedervernässung der Moore abgeschlossen sein.

Viele Fragen sind noch gar nicht geklärt: So würde die Wiedervernässung nicht nur landwirtschaftliche Flächen unter Wasser setzen, sondern auch Baugebiete, Gewerbegebiete und ganze Dörfer in tiefen Lagen. Das Wassermanagement in der Region verändert sich grundlegend. Für Katharina Jensen ist der Wohlstandsverlust für die Region nicht hinnehmbar. „Wir zerstören die Existenzgrundlage unzähliger Menschen und setzen die Ernährungssicherheit in Deutschland aufs Spiel!“ Für sie kann es eine Transformation der Moorflächen nur mit den betroffenen Menschen der Region geben. „Gerade das Grünlandzentrum steht für Forschung, wie Landwirtschaft und Klimaschutz gelingen kann.“ Jensen wird sich im Agrarausschuss in Hannover für weitere Forschungen und pragmatische Lösungen einsetzen. Auch im Agrar-Arbeitskreis der CDU Landtagsfraktion wird das Thema mit hoher Priorität angepackt.

„Ich werde der Wohlstandsvernichtung in unserer Region nicht tatenlos zusehen!“

3. Januar 2023

Friesland Kliniken: „Wir ziehen alle an einem Strang“

Mit der neuen Geschäftsführerin der Friesland Kliniken gGmbH, Frau Petra Hohmann, haben die Bundestagsabgeordnete Anne Janssen MdB und die Landtagsabgeordnete für Friesland und Jade Katharina Jensen MdL am heutigen Montag ein Gespräch geführt, um zu erfahren, wie die Krankenhausgesellschaft derzeit aufgestellt ist. Mit dabei war auch die friesische CDU-Kreisvorsitzende Christel Bartelmei und der Friesländer Landrat Sven Ambrosy.

„Petra Hohmann ist mit Leib und Seele Geschäftsführerin der Friesland Kliniken gGmbH“, sagte die Landtagsabgeordnete Jensen nach dem Gespräch. „Sie hat sich zum Ziel gesetzt, die Krankenhausgesellschaft zukunftsfähig zu machen. Gerne unterstützen wir sie tatkräftig auf diesem Weg. Auch bei den Friesland Kliniken gibt es einige schwierige Themen, die den Klinikalltag bewegen, etwa die mangelhafte Ausgestaltung des derzeitigen Pflegebonus, die Krankenhausreformpläne der

Bundesregierung oder der allgemeine Personalmangel bei den Pflegekräften. Hier wollen Anne Janssen und ich an einem Strang ziehen, um gemeinsam Verbesserungen herbeizuführen.“

Mit Blick auf die von Bundesgesundheitsminister Dr. Karl Lauterbach angestoßene Krankenhausreform betont die Bundestagsabgeordnete Anne Janssen MdB: „Auch beim heutigen Gespräch herrschte allgemeine Enttäuschung über das lückenhafte Konzept des Bundesgesundheitsministers zur Verbesserung der Krankenhaus-versorgung. Statt alle Beteiligten einzubinden und denjenigen in den Kliniken, die die Patientinnen und Patienten vor Ort versorgen, zuzuhören, stößt Herr Lauterbach sie vor den Kopf. Ob den in Not geratenen Kinderkliniken beispielsweise durch die Ankündigungen wirklich geholfen wird, ist mehr als fraglich.“ Durch die vom Bund beschlossene Gas- und Strompreisbremse sei den Kliniken nur teilweise geholfen, so Janssen weiter: „Ungelöst bleibt ein viel größeres Problem der Krankenhäuser: die allgemeine Kostensteigerung in unserer Volkswirtschaft. Gesundheitsminister Lauterbach muss alles daran setzen, den Kliniken durch die derzeitige Inflation zu helfen.“ Zur Situation der Kinderkliniken stellte die Abgeordnete Jensen weiterhin fest: „Unsere Kinderkliniken sind an der Belastungsgrenze, das Personal oftmals schon darüber hinaus. Dennoch tut es alles, um den kranken Kindern jederzeit zu helfen und die bestmögliche Versorgung zukommen zu lassen. Daher gilt an dieser Stelle unser Dank allen Pflegerinnen und Pfleger, Ärztinnen und Ärzten und den Rettungskräften, die die tägliche Versorgung unserer kranken Kinder sicherstellen.“ Mit Dank allein sei es aber nicht getan.



Die Landesregierung müsse endlich die Vorschläge für ein Sofortmaßnahmenpaket umsetzen, so Jensen weiter: „Als Anerkennung für den geleisteten Einsatz muss das Pflegepersonal in den Kinderkliniken einen Pflegebonus bekommen, bisher geht es leer aus. Zur schnellen Entlastung muss geprüft werden, wie Pflegekräfte aus dem Erwachsenenbereich sinnvoll im Bereich der Kinderkliniken eingesetzt werden können.“